Einzelpreis 40 Pfg. · 4. Jahrgang

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen amtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 29

Freitag, 4. November 1921

Nummer 517 · Morgen-Ausgabe

Die neungespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das eingedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen: das eingedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Regierungskrise in Preußen

Erklärung der Unabhängigen Landtagsfraktion

Die Fraktion der U. S. P. D. des preußischen Landtags hat zur Regierungskrise in Preußen Stellung genommen und erklärt:

Die bisherigen Regierungen und der Landtag haben sich als unfähig erwiesen, die politischen, sozialen und kulturellen Probleme der Nachkriegszeit im Sinne einer den Interessen der erwerbstätigen Bevölkerung entsprechenden Politik zu lösen. Während Regierung und Landtag auf ihrem eigentlichen Arbeitsgebiete vollständig versagten, haben sie einer einheitlichen Reichspolitik erschwerend im Wege gestanden und sie wiederholt zu durchkreuzen versucht. Dabei traten die reaktionären Tendenzen des alten preußischen Obrigkeits- und Polizeistaates auf allen Gebieten der Verwaltung immer stärker in den Vordergrund.

Eine grundlegende Aenderung ist erst dann zu erwarten, wenn die deutsche Einheitsrepublik geschaffen ist, die Regierungen der Einzelländer verschwunden sind und das Reich, gegliedert in Verwaltungsbezirke nach wirtschaftlich-geographischen Gesichtspunkten, unter Wahrung der vollen Selbstverwaltung, einheitlich geleitet wird.

Die Bildung einer rein sozialistischen Regierung ist das Ziel der U. S. P. D. Parlamentarische Schachergeschäfte um Ministerposten bringen das Land diesem Ziele nicht näher. Die Vorbedingungen für eine solche Regierung können nur außerhalb des Parlamentes geschaffen werden durch den entschlossenen Willen aller Kopf- und Handarbeiter, durch die Schaffung einer einheitlichen Kampffront des gesamten Proletariats gegen die gemeinsame Front der Bourgeoisie.

In Hinblick auf eine künftige reinsozialistische Regierung muß die U. S. P. D. ihre Stellung zur Neubildung des Ministeriums und zum neuen Ministerium so wählen, daß das Ziel näher gerückt wird und nichts geschieht, was seine Erreichung erschweren könnte. An das kommende Ministerium stellt die U. S. P. D. deshalb folgende

Mindestforderungen:

1. Demokratisierung der inneren Verwaltung. Wirksamer Schutz der Republik durch Schaffung eines Gesetzes, wonach Beamte und Angestellte zu entlassen sind, die im öffentlichen Dienst monarchistische Auffassungen vertreten, auf Personen, die ihnen dienstlich unterstellt sind, im Sinne monarchistischer Auffassungen einwirken oder kraft ihres Amtes die ihnen zugänglichen Einrichtungen in den Dienst monarchistischer Bestrebungen stellen.

2. Schleunigste Vorlegung einer freiheitlichen Gemeindeverfassung.

3. Kommunalisierung des gesamten Polizeiwesens. Auflösung aller privaten Vereinigungen mit militärischem Charakter, strengstes Verbot, für derartige Organisationen zu werben, insbesondere Auflösung der Arbeitsgemeinschaften ehemaliger Freikorps- oder Regimentsangehöriger.

4. Ersetzung des menschenzerstörenden Strafvollzuges durch ein humanes, menschenerhaltendes System des Strafvollzuges.

5. Entschiedene Fortführung der Umwandlung unseres Schulwesens zur Einheitsschule. Inangriffnahme der Reform der Lehrerbildung im Sinne des § 143 der Verfassung zur Herbeiführung der Einheitlichkeit des Lehrerberufs. Sicherung der religiösen Freiheit für Lehrer und Schüler in allen Schulen. Maßnahmen gegen den Mißbrauch unseres Schulwesens einschließlich der Hochschulen zu monarchistischen oder antirepublikanischen Zwecken.

6. Einstellung aller Zahlungen an religiöse Gemeinschaften aus Staatsmitteln.

7. Entschädigungslose Enteignung der Vermögen der Hohenzollern zugunsten der Allgemeinheit.

8. Energische Maßnahmen gegen den Raubbau in der Forstwirtschaft. Selbstbewirtschaftung der Domänen und deren Ausgestaltung zu landwirtschaftlichen Mustergütern.

9. Wirksamer Ausbau der gesamten Wohlfahrtspflege, insbesondere Kampf gegen die Volkskrankheiten. Durchgreifende Hilfe für die Arbeitslosen, Kranken, Invaliden, Witwen und Waisen. Wirksame Förderung des Wohnungsbaues. Rücksichtslose Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums.

10. Sicherstellung des Existenzminimums der Arbeiter, Angestellten und Beamten, unter Berücksichtigung der jeweiligen Teuerungsverhältnisse.

* * *

Nach der Erklärung der U. S. P. D.-Fraktion des preußischen Landtags kann über unsere Haltung zur Neubildung der Regierung in Preußen kein Zweifel mehr bestehen. Sie deckt sich durchaus mit unserer Stellungnahme im Reich: eine Regierung, die unsere auf den Schutz der Republik und die Demokratisierung bezügliche Mindestforderungen erfüllt und die sich von einer arbeiterfeindlichen Politik fernhält, kann auf unsere Unterstützung gegen die Angriffe des reaktionären Altpreußentums rechnen.

Wir warten nun ab, zu welcher Entscheidung die „regierungsfähigen" und regierungssehnsüchtigen Parteien gelangen. Einstweilen geht es unter ihnen noch recht bunt her, und die Umrisse des Kabinetts, das an die Stelle des bisherigen Ministeriums Stegerwald treten soll, sind noch nicht zu erkennen. Registrieren wir die Ergebnisse der Beratungen, die die Fraktionen des Preußenparlaments am Donnerstag gepflogen haben:

Die Deutschnationalen würden die Wiederkehr Stegerwalds als Ministerpräsident besonders begrüßen.

Die Deutsche Volkspartei beschließt die große Koalition zu fordern.

Das Zentrum hält sowohl die Einbeziehung der Sozialdemokratie wie der Deutschen Volkspartei in die Regierung für die staatspolitische Notwendigkeit der Stunde.

Die Demokraten sind grundsätzlich für die große Koalition, würden sich im übrigen aber auch bereit finden, ein Uebergangsministerium auf Grundlage der alten Koalition mit Rechtssozialisten und Zentrum zu bilden.

Die Rechtssozialisten sind einmütig der Ansicht, daß die Deutsche Volkspartei durch ihr Verhalten im Reich auch für Preußen die Möglichkeit, in der gegenwärtigen Situation eine große Koalition zu schaffen, selber vereitelt hat.

Es wird Herrn Stegerwald sicher besonders angenehm berühren, daß gerade die Deutschnationalen seine Person in den Vordergrund rücken und die Sicherung seiner Stellung scheinbar als wichtigstes Erfordernis des Augenblicks betrachten. Er ist dieses Vertrauens wert; ob es freilich ausreicht, ihn an der Spitze der preußischen Regierung zu halten, ist eine andere Frage. Freilich ist Herr Stegerwald in manchen Sätteln gerecht und er versteift sich nicht auf eine bestimmte Kombination, aber nach den Erklärungen der Fraktion ist eben doch alles ungewiß, sogar das Schicksal des Mannes, der bisher über lautes Manövrieren nicht zum regieren kommen konnte.

Man beachte die Abstufung: die Volksparteiler fordern die große Koalition, das Zentrum hält sie für die staatspolitische Notwendigkeit", die Demokraten sahen sie gern, sind aber schließlich auch bereit usw., die Sozialdemokraten lehnen die Mitarbeit der Volkspartei in der gegenwärtigen Situation ab.

Das bedeutet, daß die große Koalition keine Aussicht hat — wenigstens nicht in der gegenwärtigen Situation. Die Hoffnung der Volksparteiler — die wahrscheinlich von den demokratischen Kabinettsstürzern geteilt wurde —, auf dem Wege über Preußen auch im Reich an das Ziel ihrer Wünsche zu gelangen, ist also einstweilen zu Wasser geworden.

Ein Provisorium würde im Reich wie in Preußen den Rechtsparteien Wasser auf die Mühle führen. Eine Regierung, die gleich bei ihrer Bildung den Wunsch nach der Verbreiterung der Basis nach rechts hin bekundet, verrät von vornherein Schwäche und gibt sich selbst auf, noch bevor sie sich an die Arbeit gemacht hat.

Der Kuhhandel

Wie die „P. P. N." hören, empfing Landtagspräsident Leinert im Laufe des Donnerstagnachmittag die Fraktionsvorsitzenden der Reihe nach, um sich mit ihnen über die politische Lage auszusprechen. Dabei erklärten die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien mit Entschiedenheit, daß ihrer Auffassung nach die Sozialdemokratische Partei ihre taktischen Rücksichten zurückstellen müsse, weil die große Koalition eine Notwendigkeit sei. Mit besonderem Nachdruck betonte diesen Standpunkt das Zentrum, aber auch die Demokraten machten ihn zu dem ihrigen. Die Sozialdemokraten haben demgegenüber daran festgehalten, daß nach den jüngsten Vorkommnissen im Reiche ihnen die große Koalition im Augenblick nicht möglich erscheint. Die Verhandlungen sollen Freitag fortgeführt werden, jedoch ist vorläufig ein Ergebnis noch nicht abzusehen und mit der für nachmittag angesetzten Wahl des Ministerpräsidenten durch das Plenum des Landtages kaum zu rechnen.

*

Die gestrige Landtagssitzung war nur von kurzer Dauer. Präsident Leinert gab den Rücktritt des Kabinetts Stegerwald bekannt. Dann wurden, gemäß Beschluß des Hauptausschusses, sechs Millionen für die Opfer des Oppauer Unglücks ohne Debatte bewilligt. Das Haus vertagte sich hierauf auf Freitag nachmittag 3 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Ministerpräsidenten. Der Antrag der Kommunisten, auch die Erklärung des Ministerpräsidenten Stegerwald auf die Tagesordnung zu setzen, wurde abgelehnt. Unser Vertreter machte im Aeltestenrat geltend, daß die unabhängige Fraktion einer Vertagung auf längere Zeit den schärfsten Widerstand entgegensetzen werde.

In zwölfter Stunde

Dollar = 205 Mark

Der Dollar hat die Zweihundert-Mark-Grenze überschritten. Vor wenigen Wochen erschien es als Katastrophe, daß der Dollar 150 Mark erreichte, gestern notierte er 205. Die Kaufkraft der Mark ist im Auslande auf zwei Goldpfennige gesunken!

Das bedeutet zunächst unmittelbar, daß die Preise aller Waren, bei denen ausländische Rohstoffe einen erheblichen Teil des Produktes ausmachen, sprunghaft in die Höhe gehen. Das trifft vor allem die Textilien, Kleider und Wäsche sowie die Lebensmittel. Wir wissen aber, daß bei der freien Wirtschaft sich die Preise auf dem Inlandsmarkt in kurzer Zeit den Weltmarktspreisen anpassen. Eine ungeheure Lawine der Teuerung wälzt sich heran, und in kurzer Zeit werden die Preise von heute verdoppelt und verdreifacht sein.

Wir haben immer davor gewarnt, dieser Entwicklung untätig zuzusehen. Unsere Warnungen sind vergeblich gewesen. Seit der Verabschiedung der Finanzreform Erzbergers im Jahre 1919 ist kein wirklich ernsthafter Versuch gemacht worden, unsere Finanzen in Ordnung zu bringen, obwohl sich die Unzulänglichkeit der damaligen Steuergesetzgebung sehr rasch herausgestellt hat. Im Mai ist das Ultimatum angenommen worden. Die riesigen Verpflichtungen, die Deutschland auferlegt sind, waren seitdem bekannt. Trotzdem sind Monate um Monate ins Land gegangen, ohne an wirklich durchgreifende Maßnahmen auch nur zu denken. Und die Mark fiel und fiel.

Wiederholt ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß dadurch die Gefahr immer näher gerückt wird, daß das Ausland die Mark überhaupt nicht mehr in Zahlung nimmt. Diese Gefahr ist jetzt in bedrohlichster Nähe. Die Spekulation gegen die Mark und für die ausländischen Devisen ist bis in die letzte Zeit wesentlich von Berlin und anderen deutschen Börsenplätzen ausgegangen. Das Zutrauen zur Mark war im Ausland stärker als in Deutschland. In den letzten Tagen kündigt sich eine Aenderung an. Die Senkung des Mark-Kurses geht von New York und Amsterdam aus.

Man muß sich klarmachen was das bedeutet, das Ausland besitzt eine riesige Milliardensumme von Markguthaben. Versucht es diesen Besitz um jeden Preis abzustoßen, so sinkt die Mark ins Bodenlose, die Möglichkeit, gegen Mark Rohstoffe und Lebensmittel zu kaufen, verengert sich aufs äußerste.

Wir wissen, was das für die Arbeiterschaft bedeutet. Die Lohnerhöhungen bleiben immer mehr hinter der Teuerung zurück, die Kaufkraft des Lohnes sinkt, das Massenelend steigt. Eine kleine Schar von Exporteuren verdient an der Schleuderkonkurrenz Riesensummen und die Besitzer der Produktionsmittel profitieren auf Kosten des Arbeitlohns und der Notlage der konsumierenden Massen.

Die Gefahr ist auf das höchste gestiegen, und jeder Tag, der verstreicht, ohne daß Gegenmaßnahmen ergriffen werden, kann zu einer völligen Katastrophe führen. Denn jeder Tag sieht die Ausbreitung der Teuerung und wir wissen, daß, wenn die Preise erst einmal gestiegen sind, sie nur außerordentlich schwer wieder zurückgehen. Vor allem aber wird im Ausland die Meinung, daß der Mark-Kurs sich wieder heben könnte, erst völlig zerstört, so ist der Zusammenbruch der Mark kaum mehr aufzuhalten.

Was kann geschehen?

Es gibt nur ein Mittel: die Staatswirtschaft muß mit rücksichtsloser Einsetzung der ganzen Staatsmacht so weit in Ordnung gebracht werden, daß erstens die auswärtigen Verpflichtungen des Reiches an die Entente für die nächsten Zahlungstermine gedeckt sind, und daß zweitens im Innern solche Summen aufgebracht werden, daß die Notenpresse für die nächste Zeit zum Stillstand gebracht werden kann. Das Reich darf also nicht länger mehr in die Notwendigkeit versetzt werden, um jeden Preis Mark ans Ausland verkaufen zu müssen, um sich die Golddevisen zu verschaffen, die für die Zahlungen an die Entente notwendig sind. Das Reich darf zum andern nicht die Zahlungen, die es im Inland machen muß, durch vermehrten Notendruck aufbringen, denn mit jeder Vermehrung der Notenmenge wächst die Geldentwertung und steigen die Preise.

Zur Deckung der auswärtigen Verpflichtungen sollte die deutsche Industrie und die deutschen Banken, gesichert durch die Bürgschaft der übrigen Erwerbszweige, im Auslande einen ausreichenden Kredit aufnehmen und die Summe dem Reiche zur Verfügung stellen. Verzinsungen und Amortisation sollte von der Industrie und den übrigen Wirtschaftszweigen aufgebracht werden. Diese Beträge sollten dann auf die Steuern angerechnet werden. In der Voraussetzung, daß diese Anrechnung auf Besitzsteuern oder auf Erhöhungen solcher erfolgen würde, wäre dieser Plan annehmbar und würde über die nächsten allerschwierigsten Zeiten hinweghelfen. Das Reich bekäme eine Atempause und müßte sie ausnützen, durch eine grundlegende Finanzreform, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen.

Gegen diesen Plan erhebt sich aber der Widerstand eines Teiles der Rheinisch-Westfälischen Industrie unter Führung

des Kruppdirektors Hugenberg, der zugleich deutschnationaler Abgeordneter ist, und des Stinnes. Diese allergrößten Sachwertebesitzer sind allerdings nicht die Opfer, sondern die Nutznießer der Geldentwertung. Herr Stinnes zumal ist an dem Sinken der Mark interessiert. Er hat seit dem Kriege immer die Politik verfolgt, seinen ganzen Kredit auszunützen, um Mark aufzunehmen. Er hat diese Papiersummen in Sachwerte im In- und Ausland umgesetzt. Er ist so der größte Sachwertbesitzer geworden und zugleich der größte Markschuldner. Der Wert seiner Produktionsmittel und Anlagen ist aber beständig wie Gold. Die Entwertung der Mark aber bedeutet für ihn steigende Schuldentlastung. Er hat es also leicht, der Entwertung der Mark zuzusehen.

Natürlich können Herr Stinnes und die Seinen diese Gründe nicht offen darlegen. Aber sie haben es auch gar nicht notwendig, sie sind ja deutschnational. Und die Deutschnationalen predigen — natürlich nur im nationalen Interesse — den Widerstand gegen die Entente. Den Feinden soll man nicht zahlen. Das deutsche Volk soll kein Titelchen seines Vermögens der Entente preisgeben. Widerstand bis zum äußersten! Und deshalb wäre eine Belastung der Industrie durch einen ausländischen Kredit Verrat am Vaterlande. Dem Reich dürfen keine Mittel zur Verfügung gestellt werden, weil sie doch der Entente ausgeliefert werden müssen. Deshalb nehmen die Herren ruhig das zermalmende Elend der anderen auf sich und fordern die nationale Politik des Widerstandes.

Der Reichsverband der Industrie hält morgen und Sonnabend Sitzungen ab, die über das Schicksal der Kreditaktion entscheiden sollen. Die Herren Hugenberg und Stinnes führen den Kampf unter der Parole, daß der Industrie kein Zwang auferlegt werden dürfe; nur freiwillig könnte sie vielleicht sich zu Leistungen verstehen. Das Schlagwort wird niemanden täuschen. Wer auf die Freiwilligkeit der rheinischen Eisenmagnaten rechnet, wäre ein unzurechnungsfähiger Tor. Dringt die Anschauung der Hugenberg und Stinnes durch, dann ist diese Art Kreditaktion allerdings zu Ende. Aber nicht zu Ende ist das Reich und ist die Staatsmacht. Denn gelingt es der Industrie nicht, in kürzester Zeit dem Reich die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, dann bleibt gar kein anderer Weg übrig, als sofort an die Erfassung der Goldwerte zu gehen. Dann muß zunächst einmal den Aktiengesellschaften und den Großunternehmungen durch Gesetz der Zwang auferlegt werden, ein Viertel ihrer Kapitalsanteile dem Reiche zu überlassen. Dann kann das Reich unter Verpfändung dieses Besitzes die notwendige Anleihe aufnehmen. Ist diese Anleihe nur zu drückenderen Bedingungen zu haben, als sie die Industrie selbst erhalten hätte, so hat es die Industrie gewollt und verschuldet. Sie wird sich dann nicht beklagen können, wenn sie steuerlich härter angefaßt werden muß.

Ebenso notwendig ist es, durch eine Reihe provisorischer Maßnahmen dafür zu sorgen, daß dem Reich genügend Mittel zufließen. Das Finanzprogramm der Regierung ist völlig unzulänglich und hilft uns in der jetzigen Not überhaupt nicht. Nach den Vorschlägen der Regierung würden z. B. die Erträgnisse aus den Besitzsteuern im günstigsten Fall erst im Jahre 1923 zu laufen beginnen! Bis dahin hätte die Mark längst aufgehört, Zahlungsmittel zu sein. So kommen wir nicht weiter.

Alle Maßnahmen, die jetzt vorgeschlagen werden, müssen das Ziel haben, unmittelbar und sofort ausreichende Erträgnisse in die Staatskassen zu liefern. Es ist unerträglich, daß, abgesehen vom Lohnabzug, die Einkommensteuer der Jahre 1919, 1920, 1921 nicht abgeliefert wird, daß sie zu einem großen Teil noch nicht einmal für 1919 veranlagt ist. Es ist unverzeihlich, daß nicht schon längst die ungeheuren Börsenumsätze und Devisenspekulationen ausgiebig zur Steuer herangezogen wurden. Es ist unerfindlich, warum das Reichsnotopfer nicht vollständig eingezogen werden sollte, da die Belastung der Besitzenden durch die Geldentwertung ohnedies nur mehr einen Bruchteil des Betrages ausmacht, den sie steuern sollten. Kurz, es müssen eine Reihe durchgreifender provisorischer Maßnahmen getroffen werden, um die Notenpresse zum Stillstand zu bringen.

Es ist trotz alledem möglich, der drohenden Katastrophe Einhalt zu tun. Es ist aber keine Zeit mehr zu verlieren, und es wird Aufgabe der Arbeiterschaft sein, mit allem Nachdruck zu fordern, daß jetzt endlich gehandelt wird. Tatenlos wird die Arbeiterschaft nicht zusehen, wie sie in immer schlimmeres Elend und das Reich in eine gefährliche Katastrophe hineingetrieben wird.

Personalreformen im Auswärtigen Amt

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist der Ministerialdirektor Behrendt auf seinen Antrag von der Leitung der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes enthunden worden. Er hat einen Urlaub angetreten. Zum Leiter der Abteilung ist der bisherige Referent für die russischen Angelegenheiten Wirklicher Legationsrat Freiherr von Maltzan ernannt worden.

Der Rücktritt Behrendts ist mit Genugtuung zu begrüßen. Die Ostabteilung des Außenministeriums hat, wie wir das mehrfach hervorgehoben haben, gerade in letzter Zeit, nicht zum wenigsten bei der Behandlung der Probleme, die mit Oberschlesien in Zusammenhang stehen, in bedenklicher Weise versagt. Von Maltzan, der die russischen Dinge vernünftig und mit Geschick angepackt hat und der wohl eben deshalb nach Athen abgeschoben werden sollte, dürfen wir uns ein größeres Verständnis für die Notwendigkeiten der deutschen Ostpolitik versprechen.

Uebrigens wird, wie wir hören, auch der bisherige Referent für Polen, Geheimrat Keßler, eine andere Verwendung finden. Wenn diese Maßnahmen den Anfang einer umfassenden Reinigung des Auswärtigen Amtes bedeuten sollten, würden wir sie doppelt sympathisch finden.

Die Hundertschaft z. b. V.

Zur Ermordung des Wachtmeisters Buchholz

Die Kommunisten haben im Landtag eine Anfrage über die Vorgänge in der Hunderschaft z. b. V. und über die Ermordung des Wachtmeisters Buchholz eingebracht. Der bisherige preußische Minister des Innern, Herr Dominicus, gibt auf diese Anfrage jetzt eine schriftliche Antwort. Darin wird behauptet, daß die Mordtat von Anfang an durch die Mordkommission des Polizeipräsidiums verfolgt worden sei. Der Justizminister sei wiederholt ersucht worden, das Verfahren zu beschleunigen, jedoch habe der Oberstaatsanwalt keine Auskunft über den Gang der Untersuchung erteilen können, weil einem schwebenden Verfahren nicht vorgegriffen werden könne. Auch den Waffenschiebungen und der Geheimorganisation innerhalb der Hundertschaft z. b. V. sei nachgegangen worden, die Untersuchung darüber sei aber ebenfalls noch nicht abgeschlossen.

Schließlich wird erklärt, daß vorläufig kein Anlaß vorliege, die Hundertschaft aufzulösen. Das würde nicht zweckmäßig sein, da im Falle der Richtigkeit der erhobenen Vorwürfe bedenkliche Elemente in die Schutzpolizei eingeschoben werden könnten bei der Haltlosigkeit des Verdachts jedoch eine berechtigte Erbitterung der Beamten hervorgerufen werden könne. Die in die Voruntersuchung verwickelten Personen seien zunächst vom Dienst suspendiert. Erst nach Abschluß der Verfahrens könne endgültig über diese Angelegenheit berichtet und Fürsorge für die Hinterbliebenen des Ermordeten getroffen werden. Einstweilen sei der Witwe auf dem Wege der Unterstützung geholfen worden.

Was den letzten Passus der Erklärung anbelangt, so ist wieder einmal die Oeffentlichkeit nach Strich und Faden irregeführt worden. Bisher hieß es, die Hundertschaft z. b. V. sei aufgelöst worden. Jetzt erfahren wir auf einmal, daß sie nicht aufgelöst ist und auch nicht aufgelöst werden soll. Schon an dieser Tatsache ist zu ermessen, wie wertlos die ganze Untersuchung ist.

Kurzfristige Einmütigkeit

Der Reichstag zeigte gestern bei den Abstimmungen ein eigenartiges Bild. Bei zwei Steuerfragen ergab sich Einmütigkeit von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten. Das Notgesetz über die Börsenumsatzsteuer wurde einstimmig angenommen, und ebenso einmütig zwei Anträge über die beschleunigte Einziehung der Einkommensteuer, darunter auch der von der Unabhängigen Fraktion gestellte über die Rückzahlung der zuviel erhobenen Steuern, dem Steuerausschuß überwiesen.

Es war köstlich, anzuhören, wie alle Vertreter der bürgerlichen Parteien versicherten, wie ungeheuer leid es den Besitzenden tue, daß sie ihre Einkommensteuer gar nicht los werden können. Bei Helfferichs Darlegungen, der gegenüber dem Genossen Hertz bestritt, daß die Steuereinsprüche der Landwirtschaft und der Industrie steuerdrückebergerischen Absichten entspringe, mußte man förmlich zu dem Eindruck kommen, die Besitzenden ständen am liebsten Polonäse bei den Steuerkassen, um ihre rückständigen Steuern loszuwerden, die bösen Steuerbehörden aber wollten ihr Geld nicht haben.

Bedeutet die Einmütigkeit, die gestern zutage trat, Einmütigkeit auch in den großen Steuerfragen, die jetzt der Lösung harren? Die nächsten Tage werden bereits zeigen, daß davon gar keine Rede sein kann.

•

Der Aeltestenrat des Reichstages hat gestern abend beschlossen, daß heute lediglich die Rede des, wie wir hoffen, provisorischen Reichsfinanzministers Hermes entgegengenommen werden soll, und daß die Debatte über diese Rede erst am Montag ihren Anfang nimmt.

Das spanische Attentat

Keine Auslieferung an die spanischen Henker!

Es bestätigt sich, daß die spanische Regierung durch ihre hiesige Vertretung an die deutsche Regierung das Ersuchen gerichtet hat, die in Berlin verhafteten Spanier, Louis Nicolao und Lucia Joaquina Concepcion, die der Beteiligung an der Ermordung des Ministerpräsidenten Dato beschuldigt werden, an Spanien auszuliefern.

Zu dieser Angelegenheit, zu der wir bereits mehrfach Stellung genommen, geht uns von der Nationalen Arbeiter-Conföderation Spaniens ein Aufruf zu, in dem alle Arbeiter Deutschlands, alle sozialistischen Parteien nud Gewerkschaften ersucht werden, die Auslieferung der beiden Verhafteten an die spanischen Henker zu verhindern. Es heißt in diesem Aufruf u. a.:

„Wisset, Kameraden Deutschlands, daß das organisierte Proletariat Spaniens seit zwei Jahren unter demselben schrecklichen weißen Terror leidet, wie das ungarische Proletariat unter dem Horthy-Schrecken.

Seit zwei Jahren werden unsere besten Kämpfer auf der Straße, wenn sie von der Arbeit kommen, systematisch ermordet. Sie werden zu tausenden eingekerkert, gemartert, in den Gefängnissen und in den Polizeipräfekturen gequält. Unsere Organisationsleiter sind als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt worden, der Besitzer eines Mitgliedsbuches der Organisation wird streng bestraft. Im Laufe eines Jahres sind über 600 Kameraden von der Polizei und der Weißen Garde gemordet worden. Die Kameraden Boal, der Sekretär der Confédération, und Felin, der Kassierer, wurden von der Polizei vor den Toren des Gefängnisses ermordet, nachdem man sie vorher schrecklich gemartert hatte.

Wir wissen nicht, ob die verhafteten Kameraden wirklich teilgenommen haben an dem Attentat gegen Dato, aber selbst wenn sie die Täter gewesen sind, so muß ihr Akt als politisches Attentat angesehen werden, als Antwort auf die vielen Hunderte und Tausende von Opfern, die von der reaktionären spanischen Regierung und den spanischen Militärs hingemordet wurden.

Arbeiter, Brüder in Deutschland! Fordert die deutsche Regierung auf, daß sie die Kameraden nicht dem Henker und den spanischen Inquisitionen ausliefert."

Es versteht sich von selbst, daß die deutschen Arbeiterorganisationen ihren ganzen Einfluß geltend machen, damit die beiden Verhafteten, die wegen eines politischen Delikts verfolgt werden, nicht in die Hände der spanischen Henker fallen. Nach dem Wortlaut des Auslieferungsvertrages dürfen die Spanier nicht ausgeliefert werden. Daran ändern die spitzfindigen Auslegungskünste der interessierten polizeilichen Kreise, die nach den 24 Millionen Mark, die als Blutgeld ausgesetzt sind, gieren, nicht das geringste. Es ist eine Ehrenpflicht der deutschen Regierung, das vertraglich festgelegte politische Asylrecht unangetastet zu erhalten. Und in noch höherem Maße ist es eine Ehrenpflicht des deutschen Proletariats, die Personen der beiden verhafteten Spanier zu schützen und den Treibereien jener bürgerlichen Organe entgegenzutreten, die sich kürzlich noch die Finger wundschrieben, daß die Erzberger-Mörder, falls sie im Ausland verhaftet werden, nicht ausgeliefert werden dürften, und die es jetzt als selbstverständlich erklären, daß die verhafteten Spanier den spanischen Henkern ausgeliefert werden.

•

Offiziös wird mitgeteilt, daß bisher noch kein Auslieferungsersuchen von Spanien gestellt worden ist. Sollte ein solcher Antrag eingehen, so werde das Preußische Ministerium des Innern und das Preußische Justizministerium darüber zu entscheiden haben, ob ihm stattzugeben ist.

Gewerkschaften und Oberschlesien

Deutsche und polnische Arbeiter in einer Front

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben sich mit der Entscheidung des Völkerbundsrats über Oberschlesien befaßt und geben folgende Stellungnahme bekannt:

„Angesichts der in Oberschlesien durch die Genfer Entscheidung eingetretenen schwierigen Situation gilt es, **die sozialen Interessen der oberschlesischen, wie der der gesamten arbeitenden Bevölkerung Deutschlands zu schützen** und die internationale Solidarität der Angestellten und Arbeiter aller Länder in den Vordergrund zu stellen.

Die organisierte Arbeitnehmerschaft muß deshalb den festen Willen bekunden, eine soziale Umgestaltung der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhältnisse sowie die **Annäherung der deutschen und der polnischen Gewerkschaftsbewegung** durch Vermittlung des Internationalen Gewerkschaftsbundes herbeizuführen. Es ist das Gebot der Stunde, die gesamte oberschlesische Arbeitnehmerschaft gegen die Ausbeutung durch das nach internationaler Vertrustung drängende internationale **Kapital zu schützen.**

Die Vorstände des A. D. G. B. und des AfA-Bundes sehen in den bevorstehenden Verhandlungen über das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen einen Weg, **die zwischen der deutschen und polnischen Arbeitnehmerschaft leider noch bestehende Kluft zu überbrücken.** Sie fordern die deutsche Regierung auf, bei diesen Verhandlungen die sozialen Interessen der im abgetretenen Gebiet tätigen Angestellten und Arbeiter wahrzunehmen. Nach der Genfer Note (Anlage g) ist für die Zeit einer fünfzehnjährigen Uebergangswirtschaft die **Anerkennung der bestehenden Gewerkschaften ausgesprochen, aber nicht einwandfrei gesichert.** In dem Wirtschaftsabkommen muß Vorsorge getroffen werden, daß die Aufrechterhaltung und Bewegungsfreiheit der deutschen Gewerkschaften auch nicht durch Gesetze, Verordnungen oder Verwaltungsmaßnahmen der polnischen Regierung beeinträchtigt werden kann. Soweit das Vereinsgesetz in Polen oder andere polnische Gesetze im Widerspruch zu den Genfer Beschlüssen stehen, müßten sie für Oberschlesien außer Kraft gesetzt werden.

Ebenso wird es Aufgabe des deutschen Kommissars sein müssen, über die Einzelheiten der an Polen zu überweisenden Bestände aus der **deutschen Sozialversicherung** (Anlage h) zugunsten der im abgetretenen Gebiet wohnenden Versicherten zu verhandeln. Um eine reibungslose und sachgemäße Verwaltung der für die Versicherten im polnischen Oberschlesien zur Verfügung gestellten Geldmittel herbeizuführen, schlagen die Spitzenvorstände der freien Gewerkschaften vor, für diesen Zweck aus den Kreisen der Versicherten **Selbstverwaltungskörper** zu bilden.

Die Vorstände erwarten ferner von der Reichsregierung, daß dem deutschen Kommissar **Gewerkschaftsvertreter zu seiner Beratung mit beigegeben werden.**

Angesichts der wiederholt gemachten Beobachtung, daß deutsche Angestellte und Arbeiter zum Beitritt in polnische Verbände gezwungen werden, sprechen die Vorstände die Erwartung aus, daß die polnischen Gewerkschaften deren Mitglieder dazu anhalten werden, auf dem Boden des Wirtschaftsabkommens **mit den organisierten deutschen Angestellten und Arbeitern kameradschaftlich zusammenzuarbeiten.**

Sie hoffen ferner, daß auch die polnischen Gewerkschaften vorstehende Vorschläge unterstützen werden. Zeigt sich doch schon jetzt in der **auffallenden Steigerung der Aktienkurse für oberschlesische Industriewerte,** daß neben dem polnischen und deutschen Kapital **starke Kapitalistengruppen** aus der Tschechoslowakei und anderen Ländern am Werke sind, sich in Oberschlesien eine **neue Einflußsphäre zu schaffen,** um dann die polnischen und deutschen Angestellten und Arbeiter in gleicher Weise **zum Objekt ihrer imperialistischen Ausbeutung zu machen.**

Es gilt deshalb, **eine gemeinsame Abwehrfront der internationalen freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerbewegung** zu bilden und die bevorstehenden Verhandlungen zu benutzen, um den europäischen Frieden zu sichern.

•

Diese Kundgebung des A. D. G. B. zur oberschlesischen Frage, die diesmal ohne die „christlichen" Bundesgenossen und mit dem AfA-Bund erfolgte, unterscheidet sich in wohltuender Weise von seinen bisherigen, in nationalistischer Phraseologie gehaltenen Veröffentlichungen. Diese neue Kundgebung ist nicht nur in einer erfreulich nüchternen Sprache gehalten, sondern sie konzentriert sich auch vor allem auf die positiven sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Fragen, die bei den Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen erledigt werden müssen. Vor allem darf es als ein Fortschritt betrachtet werden, daß die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände die internationale Solidarität der Arbeiterklasse in den Vordergrund ihrer Stellungnahme gerückt haben.

Die Königsmacher

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 3. November.

Die deutschnationale „München-Augsburger Abendzeitung", die in dem Habsburger Karl einen Exponenten französischer Politik sieht und deshalb antikarlistisch, aber nicht antihabsburgisch eingestellt ist, nimmt zu dem mißglückten karlistischen Putsch Stellung und widerspricht der Auffassung, daß der mißglückte Oedenburger Putsch die Erledigung der Habsburger Frage überhaupt bedeute. Eine ausländische Kronkandidatur in Ungarn sei wenig wahrscheinlich, ehe noch die des Reichsverwesers Horthy. Die karlistische Niederlage in Ungarn mache vielleicht die Propaganda für Oesterreich freier, und infolgedessen lasse sich für einen Habsburger, der keinen Sixtusbrief geschrieben habe, in Oesterreich leichter Stimmung machen, namentlich durch die hohe Aristokratie und die Finanz. Das deutschnationale Blatt, das die Wiedererrichtung der Habsburger Monarchie ohne Karl begrüßen würde, wendet sich dagegen, daß dieses mit französischer Hilfe geschieht und erinnert in diesem Zusammenhange an eine Aeußerung des französischen Generals Le Rond im vorigen Jahre in Oppeln, der in einem Privatgespräch von der Möglichkeit eines katholischen Staates gesprochen habe.

Die Entente und Ungarn

EE. Paris, 3. November.

Die Antwort der Botschafterkonferenz auf die Note der tschechoslowakischen Regierung wird von den Gesandten Englands, Italiens und Frankreichs Dr. Benesch gemeinsam übergeben werden. Die Note ist in freundschaftlichem Tone gehalten und erklärt, daß die Kleine Entente in die Alliierten Vertrauen setzen könne, daß die durch das Abenteuer Karls aufgeworfenen Fragen geregelt würden. Eine Abschrift der Note wurde heute dem tschechoslowakischen Gesandten in Paris zugestellt, weitere Abschriften werden den Regierungen von Belgrad und von Budapest zugehen.

Deutscher Reichstag

Vizepräsident Rießer gibt bei Eröffnung der Sitzung einige Neueingänge bekannt. Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu den Interpellationen Stresemann (D. Vp.) betreffend Vorkommnisse in der Pfalz, Müller-Franken (S. P. D.), betreffend Preissteigerung der Waren deutscher Herkunft und den offen betriebenen Wucher, Frau Agnes (U. Soz.) Erhöhung der täglichen Mehlration, Frau Agnes (U. S.) Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln, Bartz (Komm.) betreffend Verbot des Landens russischer Schiffe, läßt die Regierung durch ihren Vertreter erklären, daß sie sie in der vorgeschriebenen Zeit beantworten werde. Es folgt die erste Beratung des Antrags Müller (S. P. D.) auf

Abänderung der Verordnung der Lohnbeschlagnahme

Abg. Kaiser (S. P. D.): Wiederholt ist die Grenze des unpfändbaren Lohnes erweitert worden. Aber auch die gegenwärtigen Bestimmungen reichen nicht aus, da sie es zulassen, daß einem ledigen Arbeiter mit einem Wochenlohn von 300 Mark der Lohn bis auf 99,50 Mark, einem verheirateten Arbeiter mit einem Lohn von 360 Mark bis auf 75 Mark gepfändet werden kann. Wir beantragen daher, die Grenze des unpfändbaren Lohnteils in den wesentlichsten Punkten auf 15 000 Mark zu erweitern.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch: Gegenwärtig liegt dem Kabinett ein Gesetzentwurf fertig vor, der das gleiche Ziel, nur auf anderem Wege verfolgt. Er will die Grenze des unpfändbaren Lohnes beweglich gestalten.

Abg. Malzahn (Komm. Arbg.) beantragt, die Grenze statt auf 15 000 Mark auf 24 500 Mark auszudehnen.

Abg. Soldmann (U. S. P.): Die Heraufsetzung der Unpfändbarkeitsgrenze ist unbedingt erforderlich. Die immer weiter fortschreitende Geldentwertung macht das unumgänglich. Wir haben vorhin vom Abg. Kaiser gehört, daß einer Familie mit drei Kindern der Lohn bis auf 108 Mark gepfändet wurde. Das sollte eigentlich eines Kulturstaates unwürdig sein. Mit solchen Maßnahmen zwingt man Menschen auf die Verbrecherlaufbahn, wenigstens wird es ihnen sehr schwer gemacht, sich vom Verbrechen fernzuhalten. Die Geldentwertung hat einen solchen Umfang angenommen, daß die jetzt vor Lohnpfändung geschützten Sätze durchaus unzureichend sind. Ich nehme an, daß alle diese Fragen dem Rechtsausschuß überwiesen werden und dort eingehend besprochen werden können. Wir behalten uns vor, dort Besserungen zu beantragen oder weitergehende Anträge zu stellen.

Der Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Es folgt die Beratung des von unserer Fraktion eingebrachten **Gesetzentwurfs betreffend Börsenumsatzsteuer.** Vizepräsident Rießer bemerkt dazu, daß der Steuerausschuß an Stelle des von unserer Fraktion eingebrachten Gesetzentwurfs einen anderen einbringt, wodurch die Regierung ermächtigt wird, die einschlägigen Steuersätze des Reichsstempelsteuergesetzes bis auf 1 vom Hundert zu erhöhen und die Steuer auf andere Anschaffungsgeschäfte auszudehnen, die auf ausländische Währung lautende Zahlungsmittel zum Gegenstand haben.

Dieser Antrag des Ausschusses wird einstimmig vom Plenum des Reichstags angenommen.

Abg. Gothein (Dem.) begründet einen Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, mit allem Nachdruck die Veranlagung und Erhebung der Reichseinkommensteuer unverzüglich vorzunehmen. Durch die Verzögerung der Veranlagung und Erhebung werden die Finanzen des Reiches der Länder und der Gemeinden geschädigt und eine übertriebene Inanspruchnahme der Notenpresse hervorgerufen. Ueberdies erregt diese Verzögerung der Veranlagung die Teile der Bevölkerung, deren Einkommensteuer durch Abzug vom Gehalt oder Lohn erhoben wird.

Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Zapf: Ich kann versichern, daß von der Regierung alles getan ist, die Veranlagungen zu Ende zu bringen. Aber der Umfang der Arbeiten und die Schwierigkeiten sind riesengroß. Etwa im Januar nächsten Jahres dürften wir im ganzen Reiche mit den Veranlagungsgeschäften zu Ende sein.

Abg. Allekotte (Ztr.): Zweifellos hätte das Reich ganz beträchtliche Beträge mehr bekommen, wenn die Veranlagung nicht so langsam vorangingc. Aber trotzdem wird man den Finanzämtern nicht allzu schwere Vorwürfe machen dürfen.

Präsident Rießer verliest folgenden Antrag unserer Fraktion:

die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich eine Verordnung zu erlassen, durch die bestimmt wird, daß

1. jeder Einkommensteuerpflichtige die auf Grund seiner Einkommensteuererklärung für das Jahr 1920 zu entrichtende Steuer alsbald abzuführen hat. Für verspätete Leistungen sind erhebliche Verzugszinsen festzusetzen;
2. die von den Lohn- und Gehaltsempfängern im Steuerjahr 1920 auf Grund des Lohnabzugs zuviel gezahlten Beträge mit der allergrößten Beschleunigung zurückgezahlt werden.

Abg. Hertz (USP.):

Die Arbeiten und Schwierigkeiten der Finanzämter sind gewiß groß, aber die Verzögerung ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus anderen Gründen eingetreten, durch Masseneinsprüche der Veranlagten, Einsprüche, die erfolgt sind, weil die Steuerberatungsstellen der Industrie und der Landwirtschaft allgemeine Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben haben, ganz gleich, wie das Ergebnis der Veranlagung ausfallen möge, in jedem Falle Einspruch gegen die Veranlagung zu erheben. Durch die verzögerte Veranlagung der Einkommensteuer entsteht die große Gefahr, daß große Steuerbeträge überhaupt uneintreibbar werden. Der Wandel der Geldverhältnisse, das Wachsen der Geldentwertung, die Umschichtung der Struktur der Bevölkerung, aus allen diesen Gründen heraus sollten wir alles tun, um die Steuerveranlagungen zu beschleunigen. Die Markentwertung bedeutet, daß die früher veranlagten Beträge, die jetzt noch nicht eingehoben sind, und auch die Beträge, die damals als Einkommen angegeben wurden, nur einen Bruchteil der Steuerleistung enthalten. Die tatsächliche Steuerleistung wird immer geringer, je länger wir mit der Einziehung warten. Ich bin der Meinung, daß vieles in der Finanzverwaltung wesentlich gebessert werden könnte mit kleinen Mitteln, wenn man den guten Willen dazu hätte. Gegenüber den kleinen Zensiten macht sich übergroße Kleinlichkeit in der Veranlagung geltend. Dort sucht man Pfennigbeträge mit großem Aufwand einzuholen, während auf der andern Hunderttausende uneintreibbar werden. Da kann man sich nicht darüber wundern, daß wir mit dem Veranlagungsgeschäfte nicht von der Stelle kommen. Da ich persönlich nicht mit einem Zustand rechne, der uns in den nächsten Wochen die letzten Veranlagungen bescheren wird, so glaube ich es nicht verantworten zu können, daß wir nach Monate warten, ehe das Reich zu seinen Steuerbeträgen kommt. Jeder Steuerpflichtige hat die Verpflichtung gehabt, sich selbst zu veranlagen. Man soll ihn nun auffordern, den von ihm selbst angegebenen Betrag an die Steuerkasse abzuliefern. Wenn die Steuerbehörde allein die dadurch entstehenden Arbeiten nicht bewältigen kann, gibt es die Möglichkeit, die Banken und andere Einrichtungen zu Hilfe zu nehmen. Andererseits ergibt sich auch die Möglichkeit, auf diesem Wege der Gefahr der Uneintreibbarkeit entgegenzuwirken, indem man den, der die von ihm selbst veranlagten Beträge nicht abliefert, mit größeren Verzugszinsen belegt, vielleicht 10, 15, 20 Prozent. Ich halte eine solche Maßnahme um so notwendiger als ja **gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern mit größter Rücksichtslosigkeit** vorgegangen wurde. Den Lohn- und Gehaltsempfängern wurden 10 Prozent ihres Lohnes schon vor dem Bezug genommen, während den großen Zensiten alle Vorteile der Geldentwertung zugeschoben sind. Wir verlangen außerdem, daß den Lohn- und Gehaltsempfängern in allerkürzester Zeit

der zuviel abgenommene Betrag zurückgezahlt

wird. Für sie werden die Nachteile der Verzögerung der Rückzahlung durch die Geldentwertung immer größer. Nehmen wir an, jemand hat im vergangenen Jahre 500 M. zuviel gezahlt, so ist das mindestens das Doppelte von dem, was 500 M. heute bedeuten. Wenn jetzt also 500 M. zuviel abgezogener Lohn oder Gehalt wieder zurückgezahlt werden, so ist das nur die Hälfte des wirklich einbehaltenen Wertes. Je länger mit der Rückzahlung gezögert wird, desto größer wird die Differenz zwischen zuviel Einbehaltenem und Zurückgezahltem. Wir behalten uns Anträge zur Sicherstellung dieser Ansprüche vor. Haben wir die Schwierigkeiten erkannt, die den Lohn- und Gehaltsempfängern entstanden sind, so haben wir auch die Verpflichtung, sie zu beheben. (Beifall bei den U. S.)

Abg. Helfferich (Dtn.): 95 Prozent der Bevölkerung wissen gar nicht, daß noch große Nachzahlungen zu leisten sind. Wenn sie erst davon erfahren, werden ihnen die Augen übergehen. Auch wir bedauern, daß die Veranlagungen so verzögert werden. Die Tatsache, daß den Lohn- und Gehaltsempfängern die Steuer einbehalten, die Veranlagung der großen Einkommen aber verzögert wird, ist weidlich agitatorisch ausgenutzt worden. Aber die Aussprache hat ergeben, daß diese Seite des Hauses (zeigt mit dem Finger auf die Rechte), gegen die sich die Vorwürfe richten, nicht eine Spur von Einfluß auf die Verzögerung hat nehmen können. (Gelächter links.) Redner polemisiert gegen den Genossen Hertz. Die Anregung zum Einspruch gegen die Veranlagung habe er falsch verstanden.

Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Zapf wendet sich gegen den Vorschlag Hertz, die Steuer sofort nach der Selbsteinschätzung einzutreiben. Sobald die Veranlagung von 1920 abgeschlossen, sind alle Schwierigkeiten, die hier zur Klage führten, behoben.

Abg. Simon-Schwaben (S. P. D.): Wir stimmen dem Antrage Gothein sowohl wie dem Antrag Agnes und Genossen zu. Die Ursache der Erschwerung liegt nicht nur in der Umgestaltung der Verwaltung, sondern auch an der Sabotage der Zahlungsfähigen. Auch wir stimmen der Ueberweisung der Anträge an den 11. Ausschuß zu.

Abg. Becker-Hessen (D. Vp.): Bei der Beschlußfassung über den Antrag Agnes und Genossen auf Erhöhung der Börsensteuer herrschte eine solche Einmütigkeit hier im Hause, daß man schon von einer Koalition von Helfferich bis zu den Kommunisten sprechen kann. Auch wir bedauern außerordentlich die Verzögerung der Erhebung der Einkommensteuer. Wir stimmen dem Antrag auf Ueberweisung an den Steuerausschuß zu.

Darauf wird der Antrag auf Ueberweisung der Anträge Gothein und Agnes und Genossen an den 11. Ausschuß einstimmig angenommen.

Eine Interpellation Müller-Franken (S. P. D.) ist eingegangen betreffend **Ententemaßnahmen zur Einstellung der Deutschen Werke.**

Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr. Tagesordnung: Anfragen. Interpellation Müller-Franken, erste Beratung aller Steuergesetzentwürfe.

Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot

Der „Fahnenraub" von Dahme

Vor dem Schwurgericht in Potsdam begann gestern vormittag 9 Uhr der Prozeß gegen zwölf Arbeiter aus Dahme, denen die Anklage Landfriedensbruch vorwirft. Für den Prozeß, zu dem nahezu 50 Zeugen geladen sind, sind zwei Tage vorgesehen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Heller. Die Anklage wird von dem Staatsanwaltschaftsrat Junge vertreten. Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Dr. Siegfried Weinberg und Obernicker aus Berlin und Samulon aus Potsdam. Angeklagt sind die Arbeiter Otto Friese, Karl Friese, Fritz Friese, Goritz, Schumann, Lorenz, Flemming, Peisker, Wilknitz, Liesche, Lehmann, Zacke und Rosenberg. Bei der Auslosung der Geschworenen fällt es auf, daß der Anklagevertreter Junge gerade die Geschworenen ablehnt, die der Arbeiterschaft angehören, wie den Maurer Bergemann.

Dem Prozeß liegt folgender Vorfall zugrunde: Am 19. April 1921 feierte der deutschvölkische Jugendbund in Dahme sein Stiftungsfest, in dessen Verlauf ein

Demonstrationszug mit schwarz-weiß-roter Fahne

veranstaltet wurde. Unter Führung der Angeklagten soll sich die Arbeiterschaft dem Demonstrationszug gewaltsam entgegengesetzt haben. Hierbei ist die Fahne heruntergerissen und die Fahnstange zerbrochen worden. Im Juni dieses Jahres hat bereits ein Termin vor der Strafkammer Potsdam stattgefunden. Diese erklärte sich für unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht.

Die Angeklagten verneinen im wesentlichen die ihnen zur Last gelegten Straftaten. Der Angeklagte Peisker, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, gibt an, in einer Gewerkschaftsversammlung am fraglichen Tage vor unbesonnenen Handlungen bei der bevorstehenden Provokation gewarnt zu haben. Das bestätigen die in der Versammlung anwesend gewesenen Angeklagten. Angeklagter Fritz Friese spricht von einem Unbekannten,

der die Menge aufreizte und dann verschwand.

Daß eine Gegendemonstration geplant gewesen sei, bestreiten alle Angeklagten. Angeklagter Peisker betont die verschärften politischen Gegensätze, die seit dem Kapp-Putsch in Dahme beständen.

Verteidiger Rechtsanwalt Weinberg weist auf das Lockspitzelunwesen bei ähnlichen Veranstaltungen hin. Es sei deshalb nicht ausgeschlossen, daß der mehrfach genannte Unbekannte ein solches Subjekt sei.

In der Zeugenvernehmung wurde zunächst Polizeiwachtmeister Miembdorf vernommen. Er sagt aus, von einem Fremden einen Pfiff auf den Finger gehört zu haben und die Worte „Die Fahne muß herunter!" Der Zeuge bestätigt, daß einige Angeklagte beruhigend auf die Menge eingewirkt hätten. So hätte der Angeklagte Liesche gesagt: **„Geschlagen wird nicht, nur die Fahne muß herunter!"** Die Frage des Verteidigers Rechtsanwalts Obernicker, ob Zeuge einen Auftrag vom Bürgermeister gehabt habe, Ordnung zu schaffen, verneint dieser. Rechtsanwalt Dr. Weinberg fragt, was wohl früher getan worden wäre, wenn mit roten Fahnen durch den Ort gezogen worden wäre. Der Zeuge antwortet, mit roten Fahnen sei früher in Dahme nie (!) ein Umzug veranstaltet worden.

Als zweiter Zeuge wird Polizeiwachtmeister Kammer aufgerufen, der im wesentlichen dieselben Aussagen macht. Er behauptet, der Angeklagte Fritz Friese habe die Fahne mit einem Krückstock heruntergezogen. Er belastet weiter den Angeklagten Rosenberg. Daraufhin macht Rechtsanwalt Dr. Weinberg darauf aufmerksam, daß Rosenberg gar nicht dabei gewesen sei. Angeklagter Rosenberg erklärt, der Zeuge handele aus Gehässigkeit.

Der Zeuge Kreisarzt Dr. Geißler ist mit der deutschvölkischen Jugend aus Herzberge in Dahme gewesen. Er habe gehört, daß Liesche gerufen habe, die Fahne müsse herunter. Rechtsanwalt Dr. Weinberg hält dem Zeugen vor, daß man nach 14 Monaten doch nicht fremde Menschen so bestimmt wiedererkenne. Auf die Frage, ob der deutschvölkische Jugendbund

auf dem Boden der Verfassung

stünde, antwortet der Zeuge mit einem lauten Ja (!).

Nach der Mittagspause beantragt Dr. Weinberg die Ladung von drei weiteren Entlastungszeugen. Im Verlaufe der weiteren Verhandlung werden einige Mitglieder des deutschvölkischen Jugendbundes vernommen, die sich durch das Tragen von Hakenkreuzen äußerlich schon kenntlich gemacht haben. Der Zeuge Dr. Kettler will zu dem Polizeiwachtmeister gesagt haben: „Warum ziehen Sie nicht blank und hauen zu?"

Rechtsanwalt Obernick hält dem Zeugen vor, daß er doch schon einmal eine Anklage gegen Zacke erhoben habe, die aber in sich zusammengebrochen sei. Weiter sei er in einer Beleidigungsklage freigesprochen worden unter Bezugnahme auf den § 51. Hierzu erklärt der Zeuge, er habe an dem fraglichen Tage hohes Fieber (!) gehabt, deshalb sei die Anklage niedergeschlagen worden.

Gegen 7 Uhr beginnt die Vernehmung der Entlastungszeugen. Zum ersten Mal wird hierbei die religiöse Eidesformel abgelehnt. Zeuge Langner hat keinen der Angeklagten bei dem Kampf um die Fahne gesehen. Der Angeklagte Zacke habe den Vorfall selbst verurteilt. Angeklagter Peisker bemerkt, daß er sich während des Vorganges mit zwei anderen Dahmer Bürgern unterhalten habe.

Die Verhandlung wird darauf auf Freitag vormittag vertagt.

Reichswirtschaftsrat

In der zweiten Lesung der Vermögenssteuervorlagen wiederholt Dr. Grüger (Genossenschaftsvertreter) den in der ersten Lesung abgelehnten Antrag, daß selbstgezeichnete Kriegsanleihen von der Steuerbehörde in Zahlung genommen werden sollen. — Tarnow (Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes) stimmt den Vorlagen zu, will damit aber nicht die Vermögenssteuer als ausreichend anerkennen. Der so erweiterte Antrag wird angenommen. — Den Vermögenssteuer- und Zuwachssteuervorlagen wird zugestimmt. Die Abstimmung über die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit mit den Aenderungen des Reichsrats ergibt im Hammelsprung Annahme der Vorlage mit 94 gegen 82 Stimmen. Die meisten Arbeitnehmer stimmten dagegen. — Es folgt die Beratung einer Entschließung über schleunigste Maßnahmen gegen

ungerechtfertigte Preistreibereien

und gegen die überhandnehmenden Verkäufe an das Ausland.

Bästlein (Zentralverband deutscher Konsumvereine) begründet die Entschließung: Die Entwertung unserer Valuta rechtfertigt in vielen Fällen durchaus nicht die eingetretene Preiserhöhung für Inlandsprodukte. Insbesondere wird mit den Kartoffeln offensichtlich Wucher getrieben.

Baltrusch (Christliche Gewerkschaften) tritt für energische Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen gegen den Wucher ein: Die scharfe Waffe, die den Gerichten in die Hand gegeben ist, wird nur dann richtig angewandt werden können, wenn der Begriff des Wuchers einwandfrei festgestellt ist. Die Zustände sind schlimmer als unter der Zwangswirtschaft.

Landwirtschaftsminister a. D. v. Scharlemer-Lieser: An der Preissteigerung der Lebensmittel ist der Landwirtschaft nicht die Schuld beizumessen. Die wichtigsten Ursachen sind die große Dürre und die Mißernten.

Frau Mühsam (Hausfrauenverein): Man hat zu lange gezögert und gewartet. Ernährungsministerium und Reichsverkehrsministerium haben sich nicht über die Wagengestellung miteinander ins Einvernehmen gesetzt. Obwohl Milchnot besteht, gibt es in jeder Berliner Konditorei Schlagsahne.

Chefredakteur Bernhard teilt mit, daß der Dollarkurs während der Debatte bereits auf 209 gestiegen ist.

Nach Annahme der Entschließung Bästlein, tritt der Reichswirtschaftsrat in eine allgemeine Aussprache über den Ausschußbericht zu der Entschließung Wissell und Gen. über die Besteuerung der Gold- und Sachwerte ein.

Berichterstatter Rechtsanwalt Hachenburg: Die Forderung auf Heranziehung der Goldwerte zu Reparationsleistungen ist ein irreführendes Schlagwort. Es muß verhindert werden, daß die Entente selbst Hand an unsere Sachwerte legt.

Nächste Sitzung Freitag 10½ Uhr. Aussprache über die Besteuerung der Gold- und Sachwerte, Anfrage wegen der „Deutschen Werke".

Die Besteuerung des Börsenverkehrs

Die Besteuerung des Börsenverkehrs beschäftigte gestern den Steuerausschuß des Reichstages. Bereits in der zweiten Septemberhälfte hatte die Unabhängige Sozialdemokratie einen entsprechenden Gesetzentwurf eingereicht. Seine Beratung wurde aber trotz der übergroßen Dringlichkeit der Regelung der Sache bislang verzögert. Gestern beschloß der Ausschuß an Stelle des Entwurfs der Unabhängigen Fraktion, dessen Beratung und Verabschiedung mehrere Tage in Anspruch genommen hätte, ein Notgesetz zu schaffen, durch das die Sätze des bisherigen Reichsstempelgesetzes wesentlich erhöht und die Besteuerung auch auf den Devisenverkehr ausgedehnt wird. Der Versuch einiger bürgerlicher Parteien, die Sätze, bis zu denen die Regierung die Besteuerung des Börsenverkehrs vorzunehmen berechtigt sein soll, herabzudrücken, mißlang.

Zum Schluß fand eine Aussprache über die Frage statt, ob die 15 Steuervorlagen einem oder mehreren Ausschüssen überwiesen werden sollen. Die Unabhängige Fraktion vertrat den Standpunkt, daß die Steuervorlagen von einheitlichen Gesichtspunkten aus betrachtet werden müßten. Die Beratung müsse deshalb einem Ausschuß obliegen, der Unterausschüsse einzusetzen habe. Die endgültige Beschlußfassung soll Beratungen der Fraktionen und des Aeltestenausschusses überlassen werden.

Eine Richtigstellung

Genosse Ledebour schreibt uns:

Ueber die Verhandlungen des Parteikongresses der französischen Sozialisten in Paris und insbesondere über meine dortige Ausführungen sind, wie ich nach meiner Rückkehr gelesen habe, durch bürgerliche Telegraphenagenturen irrige Berichte verbreitet worden. Ich halte es für notwendig, sofort wenigstens der auch in unsere Presse übergegangenen Behauptung entgegenzutreten, auf eine Anfrage Renaudels hin hätte ich erwidert, „daß die Unabhängigen zu allen Opfern bereit seien, um die Einigkeit mit den Mehrheitssozialisten herbeizuführen".

Ich beschränke mich hier auf die Erklärung, daß ich solch unsinniges Zeug nicht gesagt habe. Eine eingehende Darstellung meiner Beteiligung an den wichtigen Verhandlungen und Beschlüssen über den Weg zur Einigung des Weltproletariats behalte ich mir vor.

Kleine Nachrichten

Verbot einer kommunistischen Zeitung. Wegen eines Artikels „Die Stinnesierung der Eisenbahnen beginnt!" wurde „Der Kommunist" bis zum 6. November verboten. — Die Ausnahmeverordnung gegen die Monarchisten wird langsam zu einer Ausnahmeverordnung gegen die Arbeiter, und jetzt wird sogar noch die Heiligkeit des Herrn Stinnes durch sie beschirmt.

Bevorzugte Beförderung von Zeitungsdruckpapier. Der Reichsverkehrsminister hat vor einigen Tagen angeordnet, daß Wagen für Zeitungsdruckpapier in den nächsten zwei Wochen mit Vorrang vor allen anderen Gütern zu stellen sind. Es soll dafür gesorgt werden, daß die Wagen pünktlich bis zum Empfangsort durchgeführt werden.

Das Bandenwesen in Oberschlesien. In der Nähe von Myslowitz entspann sich zwischen Polizei und Banditen ein Feuergefecht. Fünf Personen wurden dabei verletzt. Drei Eisenbahner wurden nach Polen entführt, einer von ihnen starb infolge von Mißhandlungen. Von zwei verhafteten und schwerverletzten Banditen wurde einer als ein vielfacher Raubmörder festgestellt.

Sturmschäden in Skandinavien. Ein furchtbarer Sturm hat in ganz Schweden schwere Schäden angerichtet. In Helsingborg wurden die neuen Hafenanlagen teilweise zerstört. In Norrbotten hat man seit Menschengedenken nicht einen solchen Schneesturm erlebt. Bei Malmberget liegt 3 Meter tiefer Schnee.

Für die oberschlesischen Kommissionen sollen nach einer offiziösen Mitteilung auch Arbeitervertreter hinzugezogen werden. Als Vertreter des Auswärtigen Amts wird Graf von Schulenburg tätig sein.

Die irische Frage. Der Premierminister von Ulster, Craig, hat die Einladung des Kabinetts über die irische Frage zu verhandeln, angenommen; er wird am Sonnabend in London erwartet.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr: Der Bauer als Millionär

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: Die Wildente

Staatstheater.
Opernhaus
12 U.: Sinfonie-Mittagskonz.
7½ U.: II. Sinfonie-Konzert
Schauspielhaus
7½: Die gefesselte Phantasie
Direkt.: Max Reinhardt

Deutsches Theater
7½ Uhr: Kean

Kammerspiele
8 Uhr: Der Hühnerhof

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7½ Uhr: Die Räuber

Theater i. d. **Königgrätzer Str.:**
Allabendlich 7.30 Uhr:
Manon Lescaut
(Orska, Janssen, Riemann, Bilde, Brandt, Picha, Rehkopf, v. Twardowski, Appelt, Klupp)

Komödienhaus:
Täglich 7.30 Uhr: **Die Fahrt ins Blaue**
Erika Gläßner, Richard, Engl, Vespermann, Dernburg, Stieda

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin **Olala**
Fritzi Massary a. G. Ralph Arthur Roberts, Pepi Zampa, Herb. Kiper

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Die Ehe im Kreise

TRIANON-THEATER
Täglich 8 Uhr:
Mein Freund Teddy
Sonntag 4 U.: Kleine Preise
Der Dieb

RESIDENZ-THEATER
½8 Uhr: Der König in Paris
Sonntag, 4 U.: Kleine Pr.
Eochen Humbrecht

KLEINES THEATER
½8 Uhr: Carola Toelle in Frl. Josette — meine Frau
Sonntag, 4 U.: Kleine Pr.
Casanovas Sohn

Wallner-Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Nixchen

Komische Oper
7½, allabendlich 7½
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Walhalla-Theater
8 Uhr:
Die Glocken von Corneville

Theater des Ostens
7½ Uhr:
Fidele Brüder

7½ **Casino-Theater** 7½
Der Weg zum Glück
Stg. 3½ Uhr: Pantoffelheld

81. Apollotheater 81.
Friedrichstraße 218
Unter persönlicher Leitung des Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Ausstattungsoperette

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Mpl. 10077
Tägl. 7½ Uhr u. Stg. nachm. 3 U.
Elite-Sänger
Sonnabend 3½ Uhr Kinder-Märchen-Vorstellung:
Klein-Däumling
unter Menschenfressern.
Halbe Preise
Vorverkauf 11-1½ und 4-6

METROPOL KRIETE
Dennewitzstraße 31.
8 Uhr:
11 Sensationen 11

Circus Busch
Tgl. 7½, Stg. auch 3 U.
Wiederum naht der Sonntag!
Nach. 3 U. 1 Kind frei
Vorvk. Wertheim und Circuskasse
Eisenbahnstraße Breitbart
bis 15. Novemb.

Ausschneiden!

Die große Schlüpfer-Woche

Die großen frühzeitigen Einkäufe in erstklassigen Stoffen sind jetzt selbst verarbeitet und bieten an:

Kreuzfüchse
Silber-, Zobel-, Alaskafüchse, Wölfe
seltene Prachtexemplare
Sealmäntel, Sport- und Gehpelze
konkurrenzlos billig!!

Schlußtage!

Schlüpfer und Raglans	Serie I: Allerneueste Modelle Flausch und Homespun 700, 600,	500
Schlüpfer und Raglans	Serie II: Aus prima Flausch erstklassige Maßarbeit 1000, 900	800
Schlüpfer und Raglans	Serie III: Nur erstkl. Maßstoffe, heute Wert bis 2000, 1400, 1300,	1200
Paletots	Marengo, auf Seiden-Satinella 800, 700,	500
Anzüge	wunderbare Fassons 500, 450,	400
Anzüge	Ersatz für Maß, aus erstklassigen, z. T. engl. Maßstoffen, Roßhaar-Friedensverarbeitung . . 900, 800, 700,	600

Eigene Selbstverarbeitung!

Wir verschieben keine Ware ins Ausland; wir geben nur einzelne Stücke ab. Beeilen Sie sich, Sie sparen viel Geld!

Brunnenstraße 5 direkt am Rosenthaler Tor — **Leihhaus** — **Brunnenstraße 5** direkt am Rosenthaler Tor

Ausschneiden! Ausschneiden!

Fahrgeld-Vergütung — Keine Versatzware

Deutscher Eisenbahner-Verband
Ortsverwaltung Berlin

Freitag, den 4. November, abends 6½ Uhr
im **Reichenberger Hof**, Reichenberger Str. 147

Funktionärsitzung

Tagesordnung:
1. Lohnbewegung
2. Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation

Mitgliedsbuch und Funktionärausweis legitimieren

Die Ortsverwaltung

Kreuz-, Alaska-, Silber-, Zobel-, Rotfüchse
staunend billig von 300 M. an
Skunks-Garn, sehr billig
Pelzfutter
für Damen und Herren von 250 M. an
Felle f. Besatz
amer. Op. 65, austr. Op. 110, Seal D 25, biberetteil. 45 M. an
Hamsterfelle
für Sportpelze, sehr preiswert.
Pelzwarenhaus A. Klaß & Co.
Rosenthaler Str. 40/41
am Hackeschen Markt

Geld
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff, Friedrichstr. 41, III.** Eck Kochstr.

Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Install.-Material
kauft
Sehröder, Bernauer Str. 101
Fahrdgeb. III.

Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
Strausberger Str. 241, Keller

Gaskrone
dreiarmige, guterhaltene, verkauft billigst
Schielke, O 34,
Zorndorfer Str. 10 IV

Mandolinenverein,
guteingespielter, sucht Mitglieder (Blasinstrumente). Uebungsabende Freitags. Restaurant Quitzowstr. 108. (Putlitzbahnhof).

Allgem. Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee

Wir bringen hiermit zur Kenntnis der Vertreter im Ausschuß, daß am

Montag, d. 2. Januar 1922, abends von 4—9 Uhr

im Kassenlokal hierselbst, Pistoriusstr. 17, I Tr., die Wahl von 6 den Arbeitnehmern angehörigen Vorstandsmitgliedern nebst 12 Stellvertretern und die Wahl von 3 den Arbeitgebern angehörigen Vorstandsmitgliedern nebst 6 Stellvertretern stattfinden wird. Die Wahlen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber geschehen in getrennter Wahlhandlung und werden bei den Arbeitnehmern von den Vertretern der Versicherten im Ausschuß, bei den Arbeitgebern von den Vertretern der Arbeitgeber im Ausschuß vorgenommen.

Es wählen die Arbeitnehmer in der Zeit von 4 bis 6 Uhr und die Arbeitgeber von 7—9 Uhr abends.

Wir laden zu diesen Wahlterminen die Vertreter im Ausschuß ein und fordern die beiden Gruppen von Vertretern hiermit auf, jede für sich uns schriftliche Wahlvorschläge einzureichen, indem wir darauf aufmerksam machen, daß der Wahlvorschlag nicht mehr als die vorgenannte Anzahl von Bewerbern (Arbeitnehmer 12, Arbeitgeber 6) benennen darf.

Jeder Wahlvorschlag muß von 3 Ausschußmitgliedern (bei den Arbeitnehmern von Mitbeitnehmervertretern, bei den Arbeitgebern von 3 Mitbeitgebervertretern) unterzeichnet sein und es muß in jedem Wahlvorschlag außerdem ein Vertreter des Wahlvorschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner ersichtlich gemacht werden.

In den Wahlvorschlägen sind die einzelnen Bewerber unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt, und nach Zu- und Vornamen, Beruf und Wohnung zu bezeichnen.

Mit den Wahlvorschlägen der Arbeitnehmervertreter ist ferner von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist.

Die Wahlvorschläge müssen bis spätestens Sonnabend, den 17. Dezember 1921, beim Kassenvorstand eingereicht sein, um zugelassen zu werden. An die zugelassenen Wahlvorschläge ist die Stimmabgabe bei der Wahl gebunden, die Wahl anderer Kandidaten ist ungültig.

Die zugelassenen Wahlvorschläge können von den Ausschußmitgliedern in unserem Kassenbureau, hier, Pistoriusstr. 17, während der Dienststunden von 8—1 Uhr vormittags eingesehen werden.

Berlin-Weißensee, den 2. November 1921.

Der Vorstand.
Graeve, Vorsitzender.

Umzug des Stadtausschusses, Abteilung I.

Am 10. November d. Js. wird das Bureau des Stadtausschusses, Abteilung I, nach

Waisenstraße 27, I

verlegt.

Vom 10. bis 12. November 1921 bleibt das Bureau des Umzuges wegen geschlossen.

Berlin, den 1. November 1921.

Der Stadtausschuß, Abteilung I.
Schneider.

Todesanzeige

Am 1. November 1921 starb nach langer Krankheit unser langjähriger treuer Mitarbeiter, der ehemalige Vorsitzende und Hauptkassierer unseres Verbandes

Friedrich Bischoff

im 75. Lebensjahre.

Die Trauerfeier findet am Montag, den 7. November, nachm. 3½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt.

Um rege Beteiligung bittet

Verband der Kupferschmiede Deutschlands
Zentralvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeigen

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Schlosser
Max Mauke
am 1. November 1921.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 5. November, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Stephankirchhofes, Prinzenallee, aus statt.

Der Drücker
Richard Weiße
am 1. November 1921.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 5. November 1921, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714

Gruppen-Vollversammlungen
für die Betriebsräte (Arbeiterräte) der Metallindustrie, soweit sie Mitglied d. Metallarbeiterverband. sind.

Gruppe IV (Untergr. 8 u. 9) Gelb- u. Edelmetallindustrie. Freitag, d. 4. Nov., nachmittags 4 Uhr, Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96—97.

" **IV** (Untergr. 10 bis 13) Waffen-, Drahtfabriken, Emaillierwerke, Eisenkonstruktionen u. Schlossereien. Freitag, den 4. Nov. abds. 6 Uhr, Schulaula Koppenplatz 12.

" **V** Elektroindustrie. Montag, den 7. November, abends 6 Uhr, Copinicus, Sophienstr. 17/18.

" **VI** Feinmechanik. Dienstag, d. 8. November, nicht am Mittwoch, nachm. 5 Uhr in der Schulaula, Koppenplatz 12.

" **VII** Bau- u. Kleingewerbe. Dienstag, den 8. November, abends 6 Uhr, Verbandshaus, Linienstr. 83/85, Arbeitsnachweissaal.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Aufstellung von Kandidaten zum Betriebsräte-Kongreß des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Leipzig am 5. Dezember 1921

Sämtliche Betriebsräte (Arbeiterräte) müssen zu dieser Versammlung bestimmt erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Billig
Röcke, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Ballkleider
STREHLOW
Treskowstr. 21
am Wörtherplatz.

Achtung! Händler und Wiederverkäufer!
Billigste
Bezugsquelle
für
Zündwaren, Seifen, Seifenpulver, Fettseife, Kerzen, Blitzblank, Urdin, Guttalin, Lanolin, Nigrin, Steffin, Scheuerlöscher, alle Sorten Putzwasser
Huth, Brunnenstr. 169 Nähe Invalidenstr.

Guy de Maupassant
Romane u. Novellen
1. Fräulein Fifi
2. Schwestern Rondoli
3. Miß Harriet
4. Das Haus
5. Mondschein
6. Herr Parent
7. Der Horla
8. Die Schnepfe
9. Der Liebling
10. Ein Menschenleben
11. Stark wie der Tod
12. Dirkchen
13. Hans und Peter
14. Die kleine Roque
15. Nutzlose Schönheit
16. Der Tugendpreis
17. Schnaps-Anton
18. Unser Herz
19. Tag- u. Nachtgeschichten
20. Mont Oriol

Jeder Band elegant gebunden 8,40 Mk.
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2
Breite Str. 8—9

Auf Teilzahlung.
Herren-Anzüge, Cutaways, Raglan, Ulster, Schlüpfer, Maßarbeit, moderne Sachen, bequeme diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Rosenthalerstr. 32 a, II. Etage, nahe Nollendorfplatz. Geöffnet 3—7.

Pfandscheine, Brillanten
Gold, Silber (Bruch)
Platin, Zahngebisse
Zahn 10—150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwechseln v. ausländ. Gold- u. Silbermünzen
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

Garderoben
für **Herren** und **Damen** trotz der gewaltigen Preissteigerung infolge großer Lagerbestände noch zu alten, niedrigen Preisen u. auf bequeme
Teilzahlung
Beispiele:
Anzüge M. 775.—, 875.—, 975.—, 1075.— u. darüber
Raglans „ 850.—, 950.—, 1050.—, 1250.— „ „
Damenmäntel M. 320.—, 450.—, 650.—, 975.— „ „
Damenkleider „ 350.—, 495.—, 595.—, 700.— „ „
Außerdem: Große Auswahl in Cutaways, gestreift. Hosen, Schlüpfern, Paletots für Herren, Kostümen, Röcken usw. für Damen
Grebler Oranienburger Str. 4, 1. Etage
nur Rosenthaler Platz.

Auf Teilzahlung!
Anzüge u. Paletots
in moderner Ausführung für Herren und Burschen.
Prima Vorarbeitung.
Stolzmann
Belle-Alliance-Str. 100.
Eingang im Möbelgeschäft.

!! Bettwäsche billig !!
Noch ist es Zeit billig einzukaufen! Bettbezüge, Kissen 20.-; Laken, Handtücher 12.-; Damenhemden 26; Beinkleid. 25.-, Teppiche, Gardinen, Tisch- u. Diwandecken, Läuferstoffe, Brücken, Betten. Keine Lombardware. Nur Gelegenheitskäufe in Wäsche usw. Leihhaus Moritzpl. 55 a

Nur an **Straßenhändler u. Hausierer**
liefern wir unsere Schuhcreme „Tellus" konkurrenzlos und billig.
Deutsche Kohlt-Werke
Berlin-Neukölln, Elbestr. 28

Alt- sowie Edelmetalle
kauft wegen dringenden Bedarf zu den höchsten Tageskursen
Metallschmelze Mariannenstraße 12

Läuse Schwaben Flöhe Holzwurm **Wanzen**
beseitigen Sie in ½ Stunde nur mit **Eckolda** (s. Fachm. bereitet). 100000 sind zufriedengestellt. Ueber den Erfolg wird Sie staunen.
Verlangen Sie nur Eckolda Fabr. Eckolda-Werke, Essen
Zu haben in den Drogerien: Berlin N: Ulmann, Invalidenstr. 33; Humboldt-Drog., Brunnenstr. 90; H. Knappe, Reinickendorfer Str. 48; Kratz, Reinickendorfer Str. 119; H. Lange, Brunnenstr. 157; E. Lysetzig, Schönhauser Allee 36; Residenzdrogerie, Greifswalderstr. 23; H. Schweitzer, Oranienburger Str. 69; NW: A. Ochert, Waldenserstr. 18; Drogenhaus Moabit, W. A. Barr, Alt-Moabit 45, gegenüb. Finanzdirektion; C: E. F. Neumann, Stralauer Straße 26; Prager, Neue Promenade 2 (Nähe Bahnhof Börse); O: Andreas-Drog., Kleine Andreasstr. 12; Glocken-Drog., Petersburger Straße 83, am Petersplatz; Hubertus-Drogerie, Ebertystraße 48; Pietsch, Grüntaler Straße 7; S: S. Lehrke, Kottbuser Damm 81/82; SO: E. Berger, Brückenstr. 12; Central-Drogerie u. Sanitätsbazar, des Südostens, Dresdener Straße 13; Drogenhaus A. Garasse, Oranienstr. 21; E. Berger, Brückenstr. 12; SW: E. W. Weinrich, Yorckstr. 1; Charlottenburg: Stephan-Drog., Wilmersdorfer Straße 155; Lichtenberg: F. Heinrich, Frankfurter Allee 257; Neukölln: Zentral-Drogerie, Boddinstraße 65; Pankow: Georg Weyss, Breite Straße 40; Schöneberg: Drogenhaus Oswald Schäfer, Hauptstraße 4; Steglitz: Drogerie und Parfümerie Gray, Albrechtstr. 11; Tegel: H. Karschnin, Berliner Straße 38; Tempelhof: Geb. Bittner, Berliner Str. 90

Parzellen in Heiligensee
bei Tegel. Preiswert, sehr gut. Boden, geringe Anzahl. Abzahlung gestattet.
Terrainaktiengesellschaft Heiligensee Berlin, Schiffbauerdamm 28.
Auskunft: In Heiligensee im Bureau oder bei Lamprecht, Restaurant Rotkäppchen, Kirchstraße, an der Teilstrecke Tegel-Heiligens. elektr. Bhn.

Metalle
Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zink, Zinn und Lagermetall, Quecksilber Tagespreise
Zuckermann,
Elsasser Str. 9, vorn 3 Tr.
Norden 4661.

Metallankaufsstelle
Osten, Grüner Weg 30
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Ansteckende, unerträglich **juckende Haut-**
ausschläge u. -nässe, Bläschen u. Nässen roten Punkten verschwinden in wenigen Tagen durch Reichel's Kräuterhalsem, Rk. 11.50. Otto Reichel, Berlin 46, SO, Eisenbahnstraße 4.

Botenfrauen sofort gesucht

Spedition Werner
Greifswalder Straße 29
für Tour: Neue Königstraße

Spedition Wengels
O., Cadiner Straße 11
Tour: Liebigstraße — Rigaer Straße

Spedition Jordan
Dresdener Straße 24
Tour: Köpenicker- und Michaelkirchstraße

Spedition Wutzki
Choriner Straße 68
Tour: Fehrbelliner Str. — Anklamer Str. — Brunnenstr.

Spedition Krüger
Neukölln, Emser Straße 32

Spedition Greulich
Marienfelde, Kirchstr. 27

Spedition Reisewitz
Lichtenberg, Tasdorferstr. 26
Tour: Miltenstraße.

Tüchtige Kassiererinnen
sowie
Paketkontrolleuse
sofort gesucht
Meldungen: 5—6 Uhr nachm.
A. Jandorf & Co.
Charlottenburg,
Wilmersdorfer Straße 1.8/119

Zum 9. November

Der Zusammenbruch der Kriegspolitik und die Novemberrevolution — Preis 1.— Mark

Die deutsche Arbeiterrevolution — Preis 1.50 Mark

Die Münchener Tragödie — Preis 2.— Mark

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe — Preis 1.— Mark

Eichhorn über die Januarereignisse — Preis 3.— Mark

Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten — Von Heinrich Ströbel — Preis 2.— Mark

Der moralische Zusammenbruch der S. P. D. — Preis —.75 Mark

Abrechnung mit den Rechtssozialisten — Von Arthur Crispien — Preis 1.— Mark

Die Revolution — Preis 12.— Mark

Der Mord an Liebknecht und Luxemburg — Preis 6.— Mark

Ledebour vor den Geschworenen — Preis 1.20 Mark

Der Prozeß Ledebour — Vollständige Ausgabe — Geb. 36.— Mark

Haases Anklagerede in der Nationalversammlung in Weimar — Preis —.75 Mark

Reichstagsreden gegen die deutsche Kriegspolitik — Von Hugo Haase — Preis 5.— Mark

Wie der Weltkrieg entstand — Von Karl Kautsky — Preis 10.— Mark

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2 — Breite Str. 8-9
Auch in allen Filialen der „Freiheit" vorrätig
Versand auch nach auswärts

Eine neue Blamage des Reichswehrministers

Offiziere

Im August vorigen Jahres brachten wir ein Feuilleton unseres Mitarbeiters Tucholski unter der Stichmarke „Offiziere“. In diesem Artikel zeichnete unser Mitarbeiter treffend die Mentalität der Offiziere der kaiserlichen Armee und die Gefährlichkeit dieser Elemente, wenn sie noch imstande sind, eine gewisse Wirkung auf ihre Umgebung auszustrahlen. Tucholski wies weiter darauf hin, wie gefährlich diese Kaste werden kann, wenn sie ihre morschen Standesvorurteile in der jetzigen Zeit, die doch ein gewisser neuer Geist durchweht, durchsetzen will. Die Sehnsucht der kaiserlichen Offiziere faßte damals unser Mitarbeiter in folgenden Sätzen zusammen: „Wieder Geltung haben! Wieder an der Spitze von Truppen reiten! Einmal noch das blitzende Monokel vor der Front leuchten lassen! Menschen anbrüllen! Kasinostumpfsinn und Kasinoprösterchen! In grotesk aufgeplusterten Reithosen eine Jungfrau schneller zu dem zu machen, wozu Gott sie bestimmt hat! Einmal noch! Ein einziges Mal!“

Sein Urteil über das deutsche Offizierkorps im Kriege faßte Tucholski am Schlusse seines Artikels mit folgenden Worten zusammen: **„Das deutsche Offizierkorps hat im Kriege nicht seine Pflicht erfüllt. Das deutsche Offizierkorps setzt sich aus kulturfeindlichen Schädlingen zusammen, die um ihres Postens willen bereit sind, jede Desperadopolitik mitzumachen. Der Geist des deutschen Offizierkorps taugt nichts. Ein ständig wachsender Teil der Nation lehnt diesen Ungeist und seine Träger ab. Wir brauchen sie nicht mehr. Beleidigungsklagen ändern an diesem Urteil nichts.“**

Und schon kam eine Beleidigungsklage. Irgendeine untergeordnete Instanz im Reichswehrministerium stellte am 23. September 1920 Strafantrag gegen unseren Mitarbeiter, weil er in dem oben zitierten Werturteil über die kaiserlichen Offiziere, die republikanischen Offiziere beleidigt habe. Und die Staatsanwaltschaft in unserer jungen Republik, in der so viele Mörder herumlaufen, ohne daß ihnen ein Haar gekrümmt wird, hat nichts anderes zu tun, als einen Journalisten, der nur das geschrieben hat, was tatsächlich der Fall ist, in Moabit vor die Schranken der Dame Justitia zu fordern.

In der Woche nach der Ermordung Erzbergers fand bereits ein Termin statt. Die damalige Verhandlung wurde, wie wir berichteten, vertagt, weil festgestellt werden sollte, ob dem Reichswehrminister überhaupt bekannt sei, daß ein Herr „Feldmann i. V. Reichswehrminister“ Strafantrag gegen den Schriftsteller Tucholsky gestellt hat. Inzwischen wurde dem Gericht mitgeteilt, daß Herr Feldmann in der damaligen Zeit den Reichswehrminister, der sich auf Urlaub befand, vertreten habe.

Am gestrigen Donnerstag fand eine erneute Verhandlung vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I gegen Tucholsky statt. Anklagevertreter war der Staatsanwalt Gerlach, die Verteidigung des Angeklagten lag in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Oskar Cohn und Dr. Rübell. Nach Verlesung des Artikels wies Tucholsky darauf hin, daß der Artikel sich nicht gegen die Offiziere der Reichswehr, sondern gegen die Offiziere der kaiserlichen Armee richtet. Er habe nie ein Blatt vor den Mund genommen, und wenn er den Reichswehroffizieren etwas zu sagen hätte, dann würde dies in voller Klarheit geschehen. Der Anklagevertreter Staatsanwalt Gerlach führte aus, daß der Artikel in seinen neun ersten Absätzen ganz klar von den Offizieren der kaiserlichen Armee spreche. Der letzte Absatz jedoch beweise, daß er die Herren treffen wolle, die jetzt der republikanischen Reichswehr angehören. Denn wenn man über die alte Armee ein Urteil fälle, dann werden natürlich die Herren, die heute in der Reichswehr Dienst tun, damit getroffen. Er beantragte die gesetzliche Höchststrafe von 600 Mark und die Veröffentlichung des Urteils in der „Freiheit“ und dem „Militärverordnungsblatt“ auf Kosten des Angeklagten.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Rübell vertrat die Ansicht, daß jeder das Recht habe, seine Meinung offen und klar zum Ausdruck zu bringen. Ein eigentliches Offizierkorps im Sinne des kaiserlichen Heeres bestehe bei der Reichswehr nicht. Der Artikel spreche lediglich von den Offizieren, die der alten Armee angehört haben und enthält keinen Vorwurf gegen die Offiziere der Reichswehr. Der Angeklagte sei übrigens nicht der Mann, der sich fürchten würde, es offen zuzugeben, daß er auch die Reichswehroffiziere gemeint habe. Der Verteidiger verlangte die Freisprechung des Angeklagten auf Kosten der Staatskasse.

Genosse Dr. Oskar Cohn behandelte die Anklage von der staatsrechtlichen Seite. Der Anklageantrag, der einen höchst politischen Akt darstelle, sei nicht von dem Reichswehrminister unterschrieben und in seiner politischen Verantwortlichkeit könne sich der Reichswehrminister nicht vertreten lassen. Nachdem Genosse Dr. Cohn in eingehender Weise nachgewiesen hatte, daß der Artikel sich mit keiner Zeile gegen die Reichswehroffiziere richte, beantragte auch er die Freisprechung des Angeklagten.

Unser angeklagter Mitarbeiter wies in seinem Schlußworte die juristische Haltlosigkeit dieser Beleidigungsklage nach und betonte nochmals, daß er sich lediglich mit dem Offizierkorps der alten kaiserlichen Armee befaßt habe. Der Reichswehrminister sei nicht legitimiert, Strafantrag wegen Beleidigung von Individuen zu stellen, die ihm als republikanischen Reichswehrminister doch gar nichts angingen. Treffend skizzierte er die Mentalität des Offizierkorps der früheren Armee und zitierte dabei den Ausspruch eines Stabsarztes, **daß erst die Offiziere kämen, dann die Pferde, dann die Latrinen und zuletzt die Mannschaften.** Der Zweck des Strafantrages sei, daß die Reichswehroffiziere eine Lokalnotiz in allen Zeitungen benötigen, in der berichtet wird, daß ein „Verleumder“ des Offizierkorps bestraft worden sei. Die Antragsteller nähmen an, daß auf ihr Kommando der Gerichtshof nun prompt funktionieren wird. Zum Schluß forderte Tuchalski, daß das Gericht über den Rechtsfall urteile, aber nicht über seine Gesinnung.

Zur Fällung seines Urteils benötigte das Gericht eine etwa dreistündige Beratung. In eingehender Weise versuchte der Vorsitzende nachzuweisen, daß es sich bei der Stellung des Strafantrages nicht um einen politischen Akt des Reichswehrministers gehandelt habe. Sein Vertreter sei also zur Stellung des Strafantrages befugt gewesen. Das Gericht kam zu der Feststellung, daß der Artikel sich zweifelsfrei bis auf den letzten Absatz mit den Offizieren der kaiserlichen Armee befasse. Unwiderlegt habe der Angeklagte behauptet, daß er auch in dem letzten Absatz das frühere Offizierskorps gemeint habe. Das Gericht habe nicht zu prüfen, inwieweit der Artikel überhaupt beleidigende Sätze enthalte, es habe nur zu prüfen, ob in Bezug auf den Beruf der Angehörigen der jetzigen Wehrmacht in dem Artikel Beleidigungen zu erblicken seien. Diese Frage müsse wegen Mangels ausreichender Beweise verneint werden. **Das Urteil lautete dementsprechend auf Freispruch. Die Kosten trägt die Staatskasse.**

Ein städtischer Millionen-Kredit

Der Magistrat hat durch eine Stadtverordneten-Vorlage die Bewilligung eines Kredits von 4 991 000 M. für den Um- und Erweiterungsbau des Krankenhauses Spandau beantragt. Am 7. August 1919 hatte die Stadtverordneten-Versammlung Spandau 5 Millionen bewilligt. Im Haushalt für 1921 war bereits 1 Million bereitgestellt. Der Antrag des Bezirksamts Spandau lautete auf 15 Millionen Mark.

Der 9. November in Berlin

Stillegung der städtischen Betriebe

Die beiden sozialistischen Parteien haben im Verein mit der Gewerkschaftskommission vereinbart, den 9. November durch eine gemeinsame Demonstration, zu der die Arbeiter um 2 Uhr die Betriebe verlassen, zu feiern.

Eine Funktionärversammlung der städtischen Betriebe Berlins hat dagegen beschlossen, auf vielfache Anträge aus den Reihen der städtischen Arbeiterschaft den ganzen Tag die Arbeit einzustellen. Der Gesamtbetriebsrat hat diese Arbeitsruhe so organisiert, daß die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke durch einen Dienst, ähnlich des Sonntagsdienstes, soweit aufrechterhalten werden, um keinen Schaden zu erleiden, ebenso werden die Krankenhäuser und ähnliche Anstalten versorgt werden. Dagegen wird die Straßenbahn am 9. November nicht verkehren.

Dieser Beschluß der Arbeiterschaft der städtischen Betriebe wurde der Gewerkschaftskommission zugeleitet mit dem Wunsche, daß diese ihren oben wiedergegebenen Beschluß ändern möge. Es hat darüber noch einmal gestern nachmittag eine Auseinandersetzung stattgefunden, in der sich aber, wie uns mitgeteilt wurde, die Gewerkschaftskommission entschlossen hat, bei der Durchführung des einheitlichen Beschlusses der gesamten Berliner Arbeiterschaft im Interesse einer einheitlichen Demonstration zu bleiben.

Lohnkämpfe und Maschinengewehre

Ein Idyll aus dem Jahre 1919

Aus der Zeit der Lohnkämpfe der Versicherungsbeamten im Jahre 1919 stammt eine umfangreiche Anklage wegen Landfriedensbruchs, welche den Gegenstand einer zweitägigen Verhandlung bildet, die gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Bernau begann. Die von Staatsanwalt Dr. Burchardy vertretene Anklage richtet sich gegen 11 Personen, sämtlich Versicherungsbeamte der „Viktoria“. Der erste Angeklagte, Versicherungsangestellter Wilhelm Handschke, soll als Rädelsführer tätig gewesen sein. Die Verteidigung der Angeklagten führten die Rechtsanwälte Dr. Korach, Dr. Ball, Dr. Richter und Dr. Züllichauer.

Bald nach der Revolution hatten die 4000 Angestellten der „Viktoria“-Versicherungs-A.-G. in der Lindenstraße sich einen aus 15 Personen bestehenden Betriebsrat gewählt, dem mehrere Angestellte als Vertrauensleute des „Zentralverbandes der Angestellten“ zur Seite standen. Die Versicherungsgesellschaften ihrerseits schlossen sich zu einem „Arbeitgeberverband Deutscher Unternehmungen“ zusammen, der mit dem „Z. d. A.“ für das Jahr 1919 einen Tarifvertrag abgeschlossen hatte, der aber zum 1. Januar 1920 seitens der Angestellten gekündigt worden war. Ende November fand dann in Magdeburg eine Reichskonferenz der Versicherungsbeamten statt, auf welcher die Grundlagen für einen neuen Tarifvertrag festgelegt wurden. Andererseits hatte der Arbeitgeberverband Beratungen über die zu erwartenden Lohnkämpfe gepflogen und hierbei war auch — nach der Darstellung der Arbeitgeber! — davon gesprochen worden, wie man die Arbeitswilligen schützen könne bzw. ob man sich nicht mit der Leitung der Sicherheitswehr in Verbindung setzen müsse. Ueber diese Beratungen wurde ein vertrauliches Rundschreiben an sämtliche Mitglieder versandt, welches auch in die Hände der Angestellten kam und in einer Versammlung des Angestelltenverbandes große Erregung hervorrief. In diese Gewitterstimmung platzte die Nachricht, daß in den Kellerräumen der „Viktoria“ Maschinengewehre versteckt seien, welche angeblich gegen die Streikenden verwendet werden sollten. **Tatsächlich befanden sich auch in dem Keller des „Viktoria“-Gebäudes, in welchem der Hausmeister Steinmann eine Werkstatt hatte, 12 Gewehre sowie zwei schwere und drei leichte Maschinengewehre.** Diese Waffen waren von dem Bezirksführer der damals noch existierenden Einwohnerwehr, einem Zahnarzt, in dem Keller untergebracht worden, angeblich zum Schutze des Gebäudes gegen „Spartakisten“. Während der Betriebsrat mit der Direktion der „Viktoria“ über die Entfernung der Maschinengewehre gütlich verhandeln wollte, drang der Angeklagte Handschke mit den übrigen Mitangeklagten in den Keller ein. Die Waffen wurden auf den Hof geschafft und dort zerschlagen.

Die Anklage erblickt hierin die Tatbestandsmerkmale des Landfriedensbruchs. Die Angeklagten bestreiten dies und behaupten, daß durch das Zerschlagen der Waffen in jener politisch erregten Zeit großes Unheil verhütet worden sei.

Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten. Wir sind gespannt darauf, ob und in welcher Weise die Vorgeschichte der Maschinengewehre im Hause der „Viktoria“ durch ihn geklärt werden wird. Bis dahin enthalten wir uns jedes Kommentars.

Das Bureau des Stadtausschusses, Abteilung I, wird am 10. November nach Waisenstr. 27 I verlegt. Vom 10. bis 12. November 1921 bleibt das Bureau des Umzuges wegen geschlossen.

Die Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen teilt mit: Nach dem Erlasse des Reichsarbeitsministeriums vom 24. September 1921 erhält jede Kriegerwitwe zu ihrer Rente einen Teuerungszuschlag von 25 Mark monatlich ohne Antrag durch die Rentenzahl-

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Fürst.

Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(9. Fortsetzung)

„Matou!“ schreit ein Krankenwärter.

Matou erscheint. Er ist im Umhang und bewegt schwerfällig seine Füße in den Leinenschuhen. Ein Kriegskreuz am verblichenen Bande hängt auf seiner Brust. Matou ist Landstürmer, von Haus aus zweifellos ein Bauer, wie seine derben Hände verraten, die halb geschlossen sind, als wollte man ihnen den Stiel eines Spatens entwinden. Er hat schon weißes Haar, daß ihm ein ehrwürdiges Ansehen gibt. Aber das Gesicht scheint grausam-phantastisch verzerrt, wie in einem burlesken Spiegel. Eins seiner Augen ist leer unter dem hochgewölbten Lid. Das andere ist auf die Mitte der Wange herabgerutscht. Auf das gespaltene Kinn senkt sich die Nase wie ein Schnabel. Eins der Ohren ist verschwunden und wird durch eine Naht ersetzt.

Réal, leichenblaß, ist nun Zeuge eines Krankenverhörs, bei dem Doktor Sauvargue seine ganze Liebenswürdigkeit entwickelt.

„Nun, mein alter Matou?“

Ein Murmeln kommt aus diesem Munde, der kein Mund mehr ist.

„Aber die verwünschten Schmerzen sind doch etwas gebessert?“

Der Mann schüttelt den Kopf.

Es folgen ärztliche Vorschriften, die der Wärter aufschreibt.

„Der nächste!“

Der nächste ist ein Gespenst. Keine Nase; zwei rote Löcher statt der Nüstern. Keine Lippen; ungleiche Zähne, die in einem von Metallfäden zusammengehaltenen Zahnfleisch stecken. Die Wangen sind von tiefen Narben trichterförmig durchzogen und erzeugen den Eindruck von Trümmerstätten. Aber der Körper ist ganz kräftig geblieben. Zweifellos war das einmal ein hübscher Mann. Er ist verheiratet und trägt einen Trauring.

„Es geht doch leidlich, Freundchen? Diesmal sind deine Zahnfleischhalter in Ordnung? Gut, der nächste.“

„Badinot!“ ruft der Wärter.

Badinot ist zierlich, fast elegant unter der zerschlissenen Uniform. Seine Haare sind sorgsam geteilt, üppig glänzend und etwas gelockt. Die Stirn ist glatt und rein, seine großen blauen Augen sind sanft. Er mag den Frauen gut gefallen. Aber der ganze linke Teil seines Mundes fehlt. Man sieht seine Zunge inmitten eines roten Schlundes. Auf der rechten Seite ist der Ansatz eines Kinnbackens mit einigen Zähnen, den gesunden Zähnen eines kräftigen Burschen, übrig geblieben.

„Nun, Badinot? Zieht es immer noch an dieser Stelle?“

In der Mitte des Loches bewegt sich die Zunge.

„Noch immer, Herr Stabsarzt.“

„Sehen Sie mal, heute ist schönes Wetter. Ich hoffe, Sie haben nicht mehr Ihre schwarzen Gedanken?“

Badinot schweigt, seine Lider zucken. Seine Stirn runzelt sich. Schließlich antwortet er gefügig:

„Nein, Herr Stabsarzt.“

Als er abtritt, wird Réal von einer Aufregung erfaßt, die ihn physisch leiden macht; die Nägel drücken sich ihm in die Handfläche, die Füße erlahmen ihm. Auf seinem eigenen Antlitz fühlt er die Wundmale dieser Märtyrer. Sein Herz klopft heftig. Gott, wie gräßlich ist das... Er muß immer an das Grausame denken, das in diesen Resten von Schönheit liegt. Die Geschmeidigkeit, die Eleganz, die immer noch in seinem Gang lag, das Gleichmaß seiner Formen, all die Eigenschaften, auf die der Unglückselige gewiß einst sehr stolz war — welch herzzerreißende Erinnerungen an eine unwiederbringliche Vergangenheit! Er ist jung, er möchte seine Kraft fühlen, er ist in dem Alter, in dem uns Hoffnung winkt. Und er muß leben, denn er ist nun einmal mit diesem zertrümmerten Gesicht, dieser Schreckensmaske, am Leben geblieben...

Als der Krankenwärter Bichard aufruft, wendet sich Doktor Sauvargue an Réal:

„Der hat uns Mühe gemacht, aber wir haben ihn doch aus der Affäre gezogen!“

Bichard erscheint. Das ist ein Mensch oder eigentlich der Körper eines Menschen, bedeckt mit einem leuchtenden, rötlichen Aufsatz, aus dem Röhren herausragen. Das einzige, was in dieser Fleischmasse an ein menschliches Gesicht erinnert, ist ein ausgehöhltes Auge, ein Blick, dem das emporgezerrte Lid einen Ausdruck der Bestürzung gibt.

Doktor Sauvargue fragt diesen Kranken nicht, denn der hat den Gebrauch der Sprache verloren; er kann sich nur durch Kopfnicken verständigen. Manchmal macht er eine Anstrengung, um etwas zu sagen. Dann kommt etwas Feuchtigkeit durch die Röhre, die man ihm ins Gesicht gesetzt hat und die den Mund ersetzen soll, ein flüssiger Schleim, den Bichard mit dem Taschentuch entfernen muß.

Als er hinausgebracht war, fragte Réal:

„Ja, wie lebt er denn?“

„Man ernährt ihn mit der Sonde.“

„Was für ein Mensch war er?“ Unwillkürlich sucht er aus der Vergangenheit einen Standpunkt zu diesem noch lebenden und gegenwärtigen Fall zu finden. Er faßt seine Frage bestimmter.

„Wie alt ist er? Was hatte er für einen Beruf?“

„Er ist einunddreißig Jahre und war Verkäufer in einem großen Warenhause.“

Der Aufmarsch der Krüppel geht weiter. Einige scheinen völlig verblödet, noch nicht aufgewacht von dem Entsetzen, das dem Blitzschlag gefolgt war. Andere zeigen auf dem Rest ihres Gesichtes einen Rest von Ausdruck.

Réal, von einem unaufhörlichen Angstgefühl gewürgt, sieht einen nach dem anderen kommen und gehen, Gesichter, wie vom Nachtmahr erzeugt, bedrängen ihn. Ach, diese verzerrte Lippe, die eine beständige Grimasse festhält! Ach, diese Nase, normal in ihrem Beginn, die jäh aufhört und zwei Löcher wie in einem Totenkopf zeigt. Und dieser klare und lebhafte Blick in einem Haufen sinnigen Fleisches!

Er bringt sich die Kriegsbilder wieder in Erinnerung. Bei ihm wie bei vielen Leuten hatten die Sorgen um die Teuerung, die Steuern, die politischen Debatten, die tägliche Verpflegung allgemach die Erinnerung an die Toten verdrängt.

Er sieht aufs neue das Gras am Rande des Schützengrabens, die verwüsteten Steppen der Champagne, die zerfetzten Bäume, die versengten Wälder, das alles unkenntlich durch einen unbeschreiblichen Schlamm. Er hört die Schrapnells gleich wilden Katzen miauen, gleich todbringenden Sirenen heulen. Er sieht die Schützengräben, wo man, beständig versumpft und wie mit Leim bestrichen, watet, die Serie vom Umhang umschlottert, steif vom Kote bis zu den Rockschößen. Er denkt an die Sommerhitze, welche die Verwesung förderte und die Leichen zum Platzen brachte. Er beschwört die Komposthaufen herauf, wimmelnd von Ungeziefer, die jene Höhlen füllten, in denen menschliche Wesen schlafen mußten. Er fühlt wieder die Verblödung, die einen erfaßt hatte, als man nichts mehr hoffte, als davonzukommen und dann doch wieder den Tod ersehnte, der allem ein rasches Ende bereiten sollte. Und die Leichen, all die Leichen richten sich vor ihm auf.

(Fortsetzung folgt.)

stelle des Postamts. Außerdem erhalten Witwen, welche erwerbsunfähig (§ 37, RVG.) sind und nicht im Erwerbsleben stehen, auf Antrag eine besondere Beihilfe von monatlich 15 Mark. Der Antrag ist bei der zuständigen Bezirksstelle der Kriegshinterbliebenenfürsorge zu stellen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Kriegerwitwen über die Möglichkeit des Erhalts dieser besonderen Zuschüsse nicht unterrichtet sind, worauf hingewiesen wird. Die Bekanntmachungen an den Anschlagsäulen geben darüber Aufschluß, wo die Zahlung dieses Teuerungszuschusses beantragt werden muß und welche Schriftstücke bei der Antragstellung vorzulegen sind.

Das Schiffsunglück auf dem Wannsee

Mindestens 19 Todesopfer

An der Unglücksstelle bei Havelhorn wurden gestern vormittag die Vorbereitungsarbeiten zur Hebung des Dampfers „Storkow" fortgesetzt. Diese Vorarbeiten, die den schwierigsten Teil der Hebung darstellen, werden voraussichtlich noch heute andauern. Erst dann wird die Hebung selbst in Angriff genommen werden können. In mühseliger Arbeit muß von dem Taucher der täglich tiefer in den Schlick sinkende Schiffsrumpf mit Ketten unterfangen werden. Zunächst ist es dem Taucher Pollack gelungen, das Heck des „Storkow", wo die Verschlickung verhältnismäßig gering ist, mit einer Leine zu unterfangen, mit deren Hilfe die erste Kette angebracht werden soll. Im ganzen werden sechs Ketten nötig sein, um den „Storkow" zu heben, der dann zwischen zwei großen Prähmen nach der Potsdamer Werft der Stern-Gesellschaft geschleppt werden soll.

Die ununterbrochenen Nachforschungen des Reichswasserschutzes und der mit der Absuchung der Ufer betrauten Schutzpolizeikommandos nach treibenden oder angeschwemmten Leichen sind bis zur Stunde erfolglos geblieben. Von sachverständiger Seite wird damit gerechnet, daß die Leichen der noch vermißten neun Passagiere des „Storkow" erst am sechsten oder siebenten Tage nach dem Unglück, also am Sonnabend oder Sonntag, wieder an die Oberfläche kommen werden. Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei haben sich etwa 50 bis 60 Personen an Bord befunden. Die Zahl der Geretteten beläuft sich nach den bisherigen Feststellungen auf 36, dazu kommen die fünf bereits als Leichen geborgenen und die noch vermißten neun Personen. Falls es nicht Gerettete gibt, die sich nicht gemeldet haben, was unwahrscheinlich ist, so beträgt die Zahl der Todesopfer nach der Schätzung der Kriminalpolizei mindestens neunzehn.

Seitens des Reichswasserschutzes Potsdam, der für die Havelgewässer bis zum Wannsee zuständig ist, ist jetzt eine Untersuchung zur Klärung der schutztechnischen Fragen eingeleitet worden.

Der Automobilverkehr in Berlin

Ungeheure Steigerung

Dieser Tage fand eine Zählung des Fuhrwerkverkehrs an elf Hauptpunkten Charlottenburgs statt, die im Vergleich zum Vorjahr die ungeheure Steigerung des Fuhrwerkverkehrs von 29 278 auf 48 106, also von 164 Prozent ergab. Hierbei ging der Verkehr der Pferdelastfuhrwerke von 2656 im Vorjahre um rund 6 Prozent zurück, während die Zahl der leichten Fuhrwerke in diesem Jahre 12 351 betrug, das ist 14 Prozent mehr als im Vorjahre, und der Automobilverkehr mit 33 264 Wagen eine Steigerung von über 104 Prozent aufwies. Der Rückgang des Lastfuhrwerkverkehrs läßt sich wohl auch hauptsächlich darauf zurückführen, daß der Lastautomobilverkehr immer mehr in Aufnahme gekommen ist. Die Lastautomobile sind unter den Automobilen mitgezählt. Den größten Anteil am Verkehr hatte der Kurfürstendamm (zwischen Kurfürstenstraße und Gedächtniskirche) mit 9873 Fuhrwerken insgesamt, darunter 7825 Automobilen. Darauf folgte der Kurfürstendamm (zwischen Leibnitz- und Giesebrechtstraße) mit 5400 und 5023, die Berliner Straße (zwischen Stadtbahn und Charlottenburger Brücke) mit 5798 und 3757, die Tauentzienstraße (zwischen Marburger Straße und Gedächtniskirche) mit 5427 und 3727, die Nettelbeckstraße (zwischen Kleist- und Kurfürstenstraße) mit 5397 und 4206 und die Bismarckstraße (zwischen Knie und Neue Grolmannstraße) mit 5368 und 3750 Fuhrwerken. In zweiter Linie kamen dann die Joachimsthaler Straße (zwischen Hardenberg- und Kantstraße) mit 2794 Fuhrwerken, hierunter 1919 Automobilen, die Schloßbrücke mit 2303 und 941, die Berliner Straße (vor dem Rathaus) mit 1755 und 905, die Wilmersdorfer Straße (zwischen Kantstraße und Stuttgarter Platz) mit 1633 und 985 und schließlich die Sophie-Charlotten-Straße (nördlich der Spandauer Straße) mit 1353 und 226 Fuhrwerken. Der anteilige Verkehr erhöhte sich insgesamt besonders am Kurfürstendamm (zwischen Kurfürstenstraße und der Gedächtniskirche), in der Berliner Straße (zwischen Stadtbahn und Charlottenburger Brücke), in der Nettelbeckstraße und in der Bismarckstraße, während die Zahl der Fuhrwerke in der Joachimsthaler Straße, in der Sophie-Charlotten-Straße und in der Berliner Straße (vor dem Rathause) verhältnismäßig zurückging. An Automobilverkehr haben prozentual gewonnen die Bismarckstraße und die Joachimsthaler Straße, in geringem Maße auch die Nettelbeckstraße, die Wilmersdorfer Straße und die Schloßbrücke, während wiederum die Sophie-Charlotten-Straße und auch die Berliner Straße (vor dem Rathaus) einen Rückgang aufwies.

Eine nette Weihnachtsbescherung

Man schreibt uns: Am Weihnachtsabend 1920 entstand am Enkeplatz um die wenigen, noch vorhandenen Bäume ein großes Gedränge von Kauflustigen. Es dauerte nicht lange, so kam ein Polizeiaufgebot, das die harmlose Menge wie eine Rotte Verbrecher auseinandertrieb. Besonders tat sich ein blutjunger Grüner hervor, der rücksichtslos auf einen in der Menge eingekeilten Mann einhieb und wie ein Vieh aus der Menge herausdrosch. Ich war darüber empört und wandte mich an einen Polizeileutnant, erhielt aber die kurze Antwort: „Tut mir leid, ich kann auch nicht überall sein!" Als der Mißhandelte auf die Wache gebracht wurde, folgte ich ihm unaufgefordert und verlangte dort als Augenzeuge Aufnahme eines Protokolls und Uebergabe meiner Personalien an den Sistierten. Der Wachthabende weigerte sich, ein Zeugenprotokoll aufzunehmen und meine Personalien festzustellen. Erst nach energischem Vorhalt bequemte er sich dazu, meinen Namen auf ein Stück Papier zu notieren. Ein Protokoll nahm er nicht auf.

Ein halbes Jahr später erhielt ich eine Strafanzeige wegen Aufreizung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt und versuchter Gefangenenbefreiung. Als Zeuge fungiert **derselbe Wachtmeister, dessen Roheit seinerzeit so empörend an den Tag getreten war.** Der Fall ist um so ungeheuerlicher, weil sich bereits im Vorverfahren ein Teil der Anklage als Lüge erwiesen hat, und die Staatsanwaltschaft diesen Teil der Anklage bereits fallen lassen mußte. Die Anklage wegen versuchter Gefangenenbefreiung wird aber aufrechterhalten, obwohl ich in weiter Entfernung von dem Sistierten stand, selbst nie sistiert wurde und freiwillig auf der Wache als Zeuge erschien.

Wer damals am Enkeplatz die fraglichen Szenen miterlebt hat, hat die Pflicht, sich sofort als Zeuge zu melden. Der Termin findet am 9. November statt. Meldungen nehmen die Rechtsanwälte Amend und Sieger, Schützenstraße 29/30, entgegen.

Der gefährliche Fahrdamm in der Friedrichstraße. In den hölzernen Belag der Baugrube der Untergrundbahn in der Friedrichstraße, zwischen Koch- und Besselstraße, brach heute morgen ein Postpaketwagen ein. Die Feuerwehr mußte zu seiner Hebung zur Hilfe gerufen werden, die auch nach Entladung der Pakete gelang.

Gewerkschaftliches

Kampfentschlossenheit

Zum Streik im Gastwirtsgewerbe

Wir berichteten gestern an der Spitze unseres Blattes, daß die organisierte Berliner Arbeiterschaft den brutalen Machtstandpunkt der Unternehmer im Gastwirtsgewerbe satt hat, daß sie sich mit den Streikenden und Ausgesperrten solidarisch erklärte und bereit ist, sollten alle Verhandlungsversuche scheitern, in den Generalstreik zu treten. Wir waren selbst Zeuge der Kampfentschlossenheit der Vertreter aller Berliner Gewerkschaften auf der vorgestrigen Plenarversammlung und können konstatieren, daß selbst die bedächtigsten und taktisch klügsten Berliner Gewerkschaftsführer ihre persönliche Zustimmung und die namens ihrer Organisation zum Generalstreik gaben. Es war ein erhebendes Zeichen **einheitlichen Wollens,** das festgestellt werden muß. Die Arbeiterschaft ist gewillt, eine gemeinsame Front zu bilden, und den Unternehmern ein „Bis hierher und nicht weiter" zuzurufen.

Der Berliner Inseratenplantage „B(elüge) Z(eitig) am Mittag" blieb es u. a. vorbehalten, zu weissagen, daß die Berliner Arbeiterschaft „nicht sehr viel Sympathien für die streikenden Kellner" habe. Wir können diesem sogenannten Organ, dessen „Text" nur ein nicht zu vermeidendes Uebel ist, erklären, daß „die verantwortlichen Leiter der Gewerkschaften" es sich sehr wohl überlegt haben, was sie taten und sich nicht ankränkeln ließen von den „radikalen Uebertreibungen der Streikführer".

Die „B. Z." belastet sich mit sehr überflüssigen und gegenstandslosen Schwätzereien und scheint über den Ernst der Lage sich mit Mätzchen hinwegsetzen zu wollen. Bestimmend dafür dürfte wohl die Tatsache sein, daß das Blatt glaubt, die Unternehmer hätten wirklich schon alle Machtmittel in der Hand. Herr Generaldirektor Lipschütz von der Hotel-Betriebs-Aktiengesellschaft soll, wie mitgeteilt wurde, der Schupo für ihre Hilfe bereits 1½ Millionen Mark gespendet haben. Lipschütz und die Seinen brüsten sich damit, daß die Regierung hinter ihnen stehe. Wir haben die feste Gewißheit, daß das vereinigte Unternehmertum mit ihrer ganzen abhängigen Lügenfront sich stark verrechnen wird.

Ueber den Stand der Angelegenheit erfahren wir folgendes:

Das Verkehrsamt der Stadt Berlin ist im Interesse der Bürgerschaft wegen Beilegung der Differenzen im Gastwirtsgewerbe beim Reichsarbeitsministerium vorstellig geworden. Stadtbaurat Adler hat persönlich mit Minister Brauns konferiert. Auch von anderen Stellen wurde ein Eingreifen gefordert. Es finden nunmehr heute nachmittag entsprechende Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium statt.

Unsere Genossen in der Gewerkschaftskommission erhoffen auch eine Aenderung der Lage durch ein Eingreifen des Reichsarbeitsministers, der durch das **Mittel der Verbindlichkeitserklärung** eines Schiedsspruches den Streitfall klären könnte, auch wenn das Urteil eines Schiedsgerichtes zugunsten der Arbeitnehmer ausfallen sollte. Bisher konnte man jedoch den ernstlichen Willen, eine Entscheidung herbeizuführen, weder beim Demobilmachungskommissar, noch beim Reichsarbeitsminister feststellen. Schlagen alle Mittel fehl, dann wird der Generalstreikbeschluß durchgeführt, mit dem gestern abend viele Gewerkschaften sich beschäftigten.

*

Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir: Nachdem die Bemühungen des Demobilmachungskommissars, eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Gastwirtsgewerbe herbeizuführen, gescheitert sind, hat sich der Reichsarbeitsminister entschlossen, die Parteien nochmals zu einer gemeinsamen Aussprache im kleinen Kreise einzuladen, um neue Verständigungsmöglichkeiten zu erörtern. Die Verhandlungen sind auf Freitag, den 4. November 1921, nachmittags 4 Uhr, im Reichsarbeitsministerium angesetzt worden.

* *

Positive Gewerkschaftsarbeit

Zur 3. Tagung des Verbandsbeirats des Fabrikarbeiterverbandes.

Der Verbandsbeirat des Fabrikarbeiterverbandes, der am 24. und 25. Oktober in Hannover zu seiner 3. Tagung zusammengetreten war, beschäftigte sich eingehend mit der Lage der Organisation. Den Verhandlungen lag folgende Tagesordnung zugrunde: Bericht des Vorstandes; Lohnbewegungen und die zukünftige Taktik; Erhöhungen der Unterstützungen, besonders für Streik und Maßregelungen und Erhöhung der Beiträge; der Gesetzentwurf über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter; Anträge zum Gehaltsregulativ; Umänderung der Unterstützungskasse und allgemeine Verbandsangelegenheiten.

Ein gedruckter Bericht des Vorstandes lag vor, der die von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Fabrikarbeiterverband getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung und Arbeitslosigkeit schilderte. Die Vorgänge in Höchst und in den Leunawerken, die den Fabrikarbeiterverband als Tarifkontrahenten des Reichsrahmenvertrages für die chemische Industrie sehr nahe berühren, erfuhren darin eine kritische Beleuchtung. Die Oppauer Explosion ist ebenfalls in den Kreis der Betrachtungen einbezogen. Der mündliche Bericht, der von Brey, dem Vorsitzenden des Verbandes, gegeben wurde, brachte eine wirkungsvolle Ergänzung. An den Bericht des Vorstandes schloß sich das Referat Großmanns, des Sekretärs für Tarifwesen und Lohnbewegungen, an. Trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist der Fabrikarbeiterverband imstande gewesen, einen Ausgleich für die Teuerung durch entsprechende Lohnerhöhungen zu schaffen. Dort, wo es Not tat, hat der Verband den Kampf nicht gescheut. Der Fabrikarbeiterverband hat im laufenden Jahre bis zu Anfang Oktober über 13 Millionen Mark Streik- und Maßregelungsunterstützung gezahlt, davon 5½ Million im dritten Quartal. Redner wandte sich energisch gegen die wilden Streiks, die stets mit Niederlagen für die Arbeiterschaft enden. Nicht selten kommen diese Bewegungen den Unternehmern sehr gelegen. Es gereicht der Arbeiterschaft nicht zur Ehre, in die von den Unternehmern gestellten Fallen blind hineinzutappen. Der Streik darf nur als letztes Mittel und nur zur Durchführung gewerkschaftlicher Forderungen angewandt werden.

Im Anschluß an den ersten und zweiten Punkt der Tagesordnung faßte der Verbandsbeirat eine Reihe wichtiger Beschlüsse. Er genehmigte die Erhöhung des Verbandsanteils am Stammkapital des „Bundes sozialer Baubetriebe" von 600 000 M. auf 1 Million M. Das Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M., für das der Vorstand im laufenden Jahre eine Unterstützung von 10 000 M. bewilligt hat, soll eine jährliche Beihilfe erhalten. Ein Antrag auf Einberufung einer Konferenz für die chemische Industrie wurde dem Vorstande zur Erledigung überwiesen. Ferner beschloß der Beirat, ein Mitteilungsblatt für die Verbandsfunktionäre herauszugeben.

Tobisch-Saarbrücken hob die Gefahren hervor, die der Gewerkschaftsbewegung des Saarstaates durch die allgemeine Einführung der Krankenwährung drohen. Zur Neuregelung der Beitrags- und Unterstützungssätze hat der Beirat eine Kommission eingesetzt. Reimann-Berlin berichtete über das Ergebnis der Kommissionsberatung. Ihre Vorschläge wurden fast einstimmig angenommen. Die Sätze für Erwerbslosenunterstützung, Umzugs- und Sterbegeld werden um 50 Prozent erhöht. Die erhöhten Unterstützungssätze treten gleichfalls am 1. Januar in Kraft. An dem Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, über den Haupt, Branchenleiter für die chemische Industrie, referierte, wurde scharfe Kritik geübt. Besonders geben hierzu die §§ 6 und 20 Anlaß. Die beabsichtigte gesetzliche Einführung der 56-Stundenwoche in den kontinuierlichen Betrieben fand scharfen Widerspruch. Die Vorschläge der Gehaltskommission fanden Annahme. Die Sätze der Unfallunterstützungskasse wurden verdoppelt, der Satzungsentwurf für die weitere Ausgestaltung der Kasse fand ebenfalls die Zustimmung des Beirats. Die endgültige Beschlußfassung wurde dem Verbandstage überlassen, der vom 2. bis 8. Juli 1922 in Frankfurt a. Main stattfinden soll. Beim Punkt „Allgemeine Verbandsangelegenheiten" forderte Brey die örtlichen Verwaltungsstellen auf, sich an den örtlichen Gründungen des „Bundes sozialer Baubetriebe" durch Kapital und Mitarbeit zu beteiligen.

Der Gesamteindruck, den die Tagung auf alle Teilnehmer hinterließ, war ein recht erfreulicher. Trotz der politischen Meinungsverschiedenheiten war jeder sichtlich bestrebt, **positive gewerkschaftliche Arbeit zu leisten.**

Scharfmacher im Fleischergewerbe

Getreu dem Beschluß, den Gastwirtsgehilfen in ihrem Kampfe volle Solidarität zu zeigen, waren die Fleischergesellen und Verkäuferinnen der Firma P. Kipp, Koppenstraße 79, gezwungen, die Arbeit einzustellen. Die dort Beschäftigten waren bereit, weiterzuarbeiten, wenn die Firma die Lieferung an die bestreikten Hotels und Gastwirtschaften einstellen würde. Die Firma war jedoch nicht geneigt, und geschlossen traten die Beschäftigten am 2. November in den Streik.

Am 3. November morgens war dem Inhaber des Betriebes der Kamm so geschwollen, daß er folgendes Ultimatum stellte: Aufnahme der Arbeit in einer halben Stunde, sonst Entlassung. Die Firma behält sich vor, wer wieder eingestellt wird. Arbeitswillige dürfen an der Arbeit nicht gehindert werden, die im Streik Beharrenden werden strafrechtlich verfolgt. Trotz dieses moralischen Druckmittels wurde die Aufnahme der Arbeit abgelehnt. Die Arbeiterschaft, die zum großen Teile zur Kundschaft des Herrn Kipp gehört hat, wird wissen, wie sie sich in Zukunft zu verhalten hat. Auch der Magistrat mag sich überlegen, ob er solchen Geistern lange die Belieferung städtischer Anstalten überläßt und die Anlage in seinen eigenen Schlächtereien zum Teil ungenutzt läßt.

Die Presse der Fleischermeister faselt von Unmut der Fleischergesellen, an der Bewegung sich zu beteiligen. Den Berichterstattern dieser Zeitungen sowie den Führern der Herren Fleischermeister mag es zur Beruhigung dienen, daß der Kampfesmut in den Reihen der Fleischergesellen und Verkäuferinnen derart ist, **daß sie fest entschlossen sind, den entbrannten Kampf zum siegreichen Ende zu führen.** Sie sind gewiß, daß die ganze Arbeiterschaft diesem Kampfe das größte Interesse entgegenbringt und weitgehendste Solidarität üben wird.

Wahlergebnis zur Ortskrankenkasse

Die am 29. Oktober 1921 stattgefundene Wahl zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat folgendes Resultat gezeitigt:

Liste I der Freien Gewerkschaften . .	**41 804**	=	**53 Vertreter**
Liste II der Christlich-Nationalen .	4 776	=	6 „
Liste III der Hirsch-Duncker	854	=	1 „
Zusammen	47 434	=	60 Vertreter

Ungültig waren 32 Stimmen, leere Kuverts 9.

Demnach ist ein **überwältigender** Sieg auf unserer Seite zu buchen.

Zentralverband der Angestellten. Außerordentliche Sitzung der Ortsverwaltung am Freitag abend 7 Uhr im Ortsbureau. Tagesordnung: Stellungnahme zum Generalstreik.

Rohrer. Die über die Rohrdecken-Firmen Stahl, Schröder und Krumrey verhängte Sperre wird hiermit aufgehoben. Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Berlin. SO 16, Engelufer 15. Fernspr. Amt Moritzpl. Nr. 4093. Der Vorstand. J. A.: Mücke.

Metallarbeiter. Freitag, 7 Uhr, Versammlung sämtlicher Funktionäre des Metallarbeiterverbandes im Arbeitsnachweis Linienstraße 83/85. Tagesordnung: Stellungnahme zum Generalstreik.

Metallarbeiter. Hauptgruppe IV. Untergruppe 8—9. Heute nachmittag 5 Uhr Versammlung der Betriebsräte (Arbeiterräte) in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße. Hauptgruppe IV. Untergruppe 10—13. Heute abend 6 Uhr Aula Koppenplatz.

Buchdrucker! Die „Opposition" Nr. 11 erscheint heute und ist von 4 Uhr nachmittags ab bei Baum, Stallschreiberstr. 47, abzuholen.

Arbeitersport

Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin. Sonntag: Fußballwettspiel Schöneberg gegen Brandenburg in Neu-Lichtenberg. — Sonntag: Geräteweiturnen der Kinder (Oberstufe) in Schöneberg, Turnhalle, Belziger Straße, 9 Uhr vorm.

Neuartige Segelflugversuche auf dem Tempelhofer Feld. Der Berliner Modell- und Segelflug-Verein veranstaltet am 13., 20. und 27. November, vormittags 10 Uhr, auf dem Tempelhofer Felde bei der Pappelallee Versuchsflüge mit neuen Segelflugmodellen. Die Modelle werden aus einer Höhe von rund 200 Meter gestartet. Der Bau eines Schulflugzeuges in der Vereinswerkstatt ist in Angriff genommen, auf dem dann praktischer Flugunterricht erteilt wird. Interessenten erfahren Näheres bei der Geschäftsstelle: Paul Schlak, Berlin N. 58, Pappel-Allee 15.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe Spandau. Sonnabend, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Schützenhaus. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Turn- und Sportverein „Fichte". Sonntag, den 6. November, Wettturnen der Knaben und Mädchen des Vereins in der Turnhalle Germann- und Steinstraße von 2—6 Uhr nachm. Gäste willkommen.

Parteiveranstaltungen

19. Verwaltungsbezirk. Die zum Freitag angesetzte Sitzung der Distriktsleitung findet erst am Sonnabend im Rathaus, Zimmer 17, statt. Die neuen Bezirksverordneten werden gebeten, zu erscheinen.

Distrikt Niederbarnim-Nord. Die Distriktskonferenz am 6. November fällt wegen der Konferenz in der Arbeiter-Bildungsschule aus. Sie findet am 20. November statt.

Freitag, 4. November

3. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Abends 7½ Uhr Vorstands- und Funktionärsitzung bei Kulke, Wilmersdorf, Laurenburger Straße 22.

5., 6. Distrikt (Wedding). Abends 7 Uhr öffentliche Volksversammlung, Aula Waldenserstraße 20. Die Reaktion in der Schulverwaltung. Ref.: Genosse Ostrowski. Daran anschließend Versammlung der freien Schulgemeinde Tiergarten. Genossen und Genossinnen, erscheint in Massen.

7. Distrikt (Wedding), 2. Abteilung. Abends 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Kunze, Ackerstr. 49. Bericht von der Vorstandssitzung und Abteilungsangelegenheiten.

12. Distrikt. Abends 7 Uhr engere Vorstandssitzung bei Hoffmann, Lychener Straße 8.

Schöneberg-Friedenau. Abends 5½ Uhr Handzettel abholen bei Palm, Rotzbach-, Ecke Cheruskerstraße.

Reinickendorf-West. Abends 8 Uhr Sitzung der Frauen- und Kinderschutzkommission im Volkshaus.

Sonnabend, 5. November

5. Distrikt. Abends 7½ Uhr Vorstandssitzung bei Kaiser, Gotzkowskystr. 34.

18. Distrikt (Kreuzberg). Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Schwelkardt, Alte Jakobstr. 24. Sämtliche Kommissionsmitglieder müssen anwesend sein.

19. Distrikt, 2. Abteilung (Kreuzberg). Abends 7 Uhr Sitzung der Bezirksführer nebst Stellvertreter bei Redlich, Gneisenaustr. 14.

Sonntag, 6. November

9. Distrikt (Wedding). Kindergruppe. Tour nach Berneu—Hellsee. Treffpunkt 7½ Uhr an der neuen Nazarethkirche. Gemahlener Kaffee und 1,50 M. Fahrgeld mitbringen.

Vereinskalender

Sonnabend, 5. November

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Distrikt Cöpenick und Umgegend. Abends 7 Uhr bei Stippekohl, Cöpenick, Schönlinder Str. 5, allgemeine Versammlung des Distrikts. Wichtige Tagesordnung. Keiner darf fehlen.

Freie Lehrergewerkschaft. Abends 7 Uhr Geschäftssitzung, Rathaus, Zimmer 63. Junglehrerfrage.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Rudnet, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komezinet, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.